

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

6. Sitzung
27. April 2022

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.02 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Coronaregeln und Hilfen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0021](#)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0044](#)
WiEnBe
Steigende Energiepreise und deren Auswirkungen auf Haushalte und Gewerbe
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0045](#)
WiEnBe
Energiesperren und Energiearmut vermeiden
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Wer würde eine Begründung machen? – Bitte sehr, Herr King!

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Sachverständigen, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und mit uns Ihre Expertise, Ihre Erfahrungen zu diesen sehr wichtigen Themen in unserer Anhörung teilen! Die Begründung liegt, glaube ich, auf der Hand. Die steigenden Energiepreise, die Auswirkungen auf Haushalte und Gewerbe, die Energiesperren, die Energiearmut, die sich ausbreitet, sind Themen, die könnten aktueller und drängender nicht sein. Ich denke, jeder Berliner ist in irgendeiner Weise davon betroffen. Ich würde denken, dass für viele Berlinerinnen und Berliner das die entscheidenden Fragen überhaupt sind, die sich zurzeit stellen. Die Inflation belastet alle Berliner, insbesondere natürlich die Haushalte mit geringen Einkommen. Die Energiepreise sind die Preistreiber. Sie sind im letzten Jahr schon rasant angestiegen und schlagen voll auf die industrielle Produktion, auf das gesamte Gewerbe durch und damit auch auf alle Konsumpreise. Mit dem Krieg in der Ukraine, darüber haben wir gerade schon gesprochen in der Aktuellen Viertelstunde, ist natürlich die Wahrscheinlichkeit, dass die Preise wieder sinken, gesunken, und es besteht, im Gegenteil, das Risiko, dass die Preise weiter steigen.

Unsere Fraktion fragt jedes Jahr nach den aktuellen Zahlen zu Energiesperren, und im letzten Jahr wurden bereits 90 000 Sperrandrohungen bei Strom und 100 000 Sperrandrohungen bei Gas verschickt. Über 12 500 Haushalten wurde zeitweise der Strom gesperrt. Das war deutlich mehr als im Jahr davor, und wir müssen befürchten, dass sich diese schlimme Entwicklung noch beschleunigt und dass noch größere Teile der Bevölkerung davon betroffen sein werden. Deswegen ist es gut, dass wir seit vier Jahren die Energieschuldenberatung bei der Verbraucherzentrale haben. Die ist damals nach einem Antrag der Koalition im Abgeordnetenhaus eingerichtet worden, und anschließend wurde 2019 dann auch der Runde Tisch, das Fachforum Energiearmut, eingerichtet. Da gibt es die Möglichkeit, dass Verbraucherschützer, Versorger, der Senat, die Bezirksämter und Jobcenter zusammenarbeiten, um Energiesperren zu verhindern. Wir sind gespannt darauf, von Frau Eiß zu hören, wie da jetzt die Erfahrungen sind in der Beratung, wie Sie die Herausforderungen, die vielleicht noch auf uns zukommen – wir haben vorhin schon kurz darüber gesprochen –, einschätzen, aber auch, welche Unterstützung Sie von der Politik erwarten.

Die Frage der Energiepreise hängt auch eng zusammen mit der Frage der Energiesicherheit und diese wiederum auch mit der Frage der Energiewende, also der Versorgung mit nachhaltiger Energie. Nachhaltig meint jetzt nicht nur im Sinne von ökologisch nachhaltig, sondern auch im Sinne von sicher, dauerhaft und unabhängig von äußeren Faktoren. Da brauchen wir natürlich eine öffentliche und politische Steuerung, und deshalb sind wir froh, dass wir die Berliner Stadtwerke haben und wollen die natürlich auch weiter ausbauen. Von Frau Dr. Busch würde uns interessieren, was die Stadtwerke bislang schon beitragen können, die Berliner mit sicherer, nachhaltiger und bezahlbarer Energie zu versorgen und wo es aber vielleicht auch noch Unterstützungsbedarf gibt, damit auch noch mehr Kunden versorgt werden können.

Die hohen Energiepreise belasten nicht nur die privaten Haushalte, sondern schlagen natürlich auf alle Wirtschaftsprozesse durch, und deswegen ist es sehr gut und wichtig, die Perspektive der Berliner Unternehmen zu hören. Wir haben Herrn Greif hier vom Textilservice-Unternehmen Greif Holding GmbH. Er wird diese Perspektive beisteuern und berichten, wie die Unternehmen auf diese Situation reagieren müssen und welche Unterstützung auch sie von der Politik erwarten. Darauf bin ich gespannt. Ich denke, uns ist allen klar, dass die Fragen von Energiearmut nicht zu trennen sind von der allgemeinen Frage von Armut in Deutschland und dass natürlich wesentliche Regelungen diesbezüglich eher auf der Bundesebene zu treffen sind. Gleichwohl gibt es natürlich auch im Land Handlungsmöglichkeiten und auch die Notwendigkeit zu handeln. Ich bedanke mich schon mal im Vorfeld dafür, dass wir mit Ihnen zusammen erörtern können, wo da Probleme sind und welche Handlungsmöglichkeiten Sie sehen oder uns auch anempfehlen. – Vielen Dank schon mal für Ihre Beiträge!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege, für die Begründung! – Dann gehen wir jetzt in die Anhörung. Ich begrüße diejenigen, die wir heute eingeladen haben und die vor Ort erschienen sind. Das ist Frau Dr. Kerstin Busch, Geschäftsführerin der Berliner Stadtwerke GmbH. Herzlich willkommen hier im Ausschuss! Frau Dörte Elß aus dem Vorstand der Verbraucherzentrale Berlin e. V. Auch herzlich willkommen hier! Digital zugeschaltet Herr Martin Greif, Geschäftsführer der Greif Holding GmbH & Co. KG. Des Weiteren sind uns für die Verbraucherzentrale Berlin e. V. Frau Dündar sowie Frau Grauel unterstützend digital zugeschaltet, um gegebenenfalls Fragen zu beantworten.

Ich gehe davon aus, dass gemäß § 26 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ein Wortprotokoll erstellt werden soll. – Das ist so. Dann werden wir das tun. Ich frage den Senat: Wollen wir gleich in die Anhörung hineingehen, oder möchten Sie eine einleitende Stellungnahme machen? – Dann gehen wir gleich in die Anhörung, und ich würde dann mit Frau Dr. Busch als Vertreterin der Berliner Stadtwerke GmbH beginnen. Bitte ungefähr fünf bis sieben Minuten als Statement, dass wir danach gut in die Fragerunde reingehen können! – Bitte, Sie haben das Wort!

Dr.-Ing. Kerstin Busch (Berliner Stadtwerke): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wurde gebeten, in fünf Minuten war mein Plan, hier ein Statement abzugeben über die Strompreisentwicklung, aber auch die Auswirkungen dieser Strompreise auf Handel und Gewerbe und auch diese Energiearmut. Lassen Sie mich damit beginnen als Energieversorgungsunternehmen: Was sind denn die aktuellen Gründe für diesen starken Anstieg? – Ich will jetzt nicht das, was jeder weiß, erzählen, denn diese Entwicklung hat schon letztes Jahr begonnen. Die Ukrainekrise hat diesen Effekt noch mal massiv verstärkt.

Ich gebe Ihnen mal eine Zahl mit: Im Rekordmonat März 2022 kostete eine Megawattstunde im Schnitt 252 Euro. Um da mal einen Vergleich zu ziehen: Ein Jahr vorher, also im März 2021, waren es 47 Euro. Das ist sage und schreibe ein Anstieg um 436 Prozent. Dieser rasante Anstieg ist tatsächlich ursächlich bezüglich der möglicherweise Gasknappheit und dann entsprechend gekoppelt an den Strompreis. Aber, wie gesagt, auch konjunkturelle Effekte letztes Jahr haben schon dazu geführt, aufgrund der anziehenden Konjunktur nach der Coronakrise, dass die Nachfrage nach fossiler Energie gestiegen ist. Das führt dazu, dass ein Teil des Strompreises auch steigt. Das sind die CO₂-Zertifikate. Das darf man nicht außer Acht lassen. Auch dieser Preis hat sich innerhalb eines Jahres, von letztem Jahr 30 Euro auf aktuell 80 bis 90 Euro fast verdreifacht. Den Hinweis nehme ich gerne auf, dass die erneuerbaren Energien an dieser Stelle die CO₂-Preisentwicklung reduzieren können, denn je mehr CO₂-freien Strom Sie produzieren, desto weniger CO₂ pro Tonne müssen Sie bezahlen.

Die Netzentgelte führen auch dazu, dass sich der Strompreis erhöht hat. Das ist letztes Jahr im Durchschnitt bundesweit um 4 Prozent passiert. Was ist die Folge daraus? – Ende letzten Jahres haben einige Verbraucher gemerkt, dass ihnen plötzlich die Kündigung ins Haus flatterte, weil einige Energieversorgungsunternehmen ihre Belieferung eingestellt haben. Da nenne ich mal Namen wie Immergrün, Stromio, Envitra, Energiepool und Flux Energy. Die haben entweder Insolvenz angemeldet oder, wie gesagt, einfach die Belieferung eingestellt. Das war der eine Effekt bei den Energieversorgungsunternehmen. Der andere war, dass die Versorger die Strompreise angehoben haben, 2022 noch mal durchschnittlich um 36 Prozent. Gegenläufig werden wir sehen: Ab 1. Juli hat der Bundesgesetzgeber die Entlastung der Verbraucher angekündigt, indem die EEG-Umlage vollständig wegfällt. Das sind in diesem Jahr noch genau 3,72 Cent. Das ist einerseits sehr positiv, eine gute Nachricht auch für Gewerbetreibende und auch für die Industrie, aber letztendlich – –

Vorsitzender Jörg Stroedter: Frau Busch! Können Sie das Mikro etwas näher zu sich heranziehen. So kommen hier vorne relativ undeutlich an.

Dr.-Ing. Kerstin Busch (Berliner Stadtwerke): Entschuldigung! Ich hatte gerade gesagt, dass die EEG-Umlage positiverweise gesenkt oder vielmehr abgeschafft wird, das heißt, die 3,72 Cent pro Kilowattstunde entfallen ab dem 1. Juli. Andererseits haben wir diesen Effekt, dass derzeit 1 Kilowattstunde im Einkauf 13 Cent kostet. Nun können Sie sich ausrechnen, dass dieser Effekt sicherlich nicht ausreichend kompensiert, was die Probleme für die insbesondere von der Energiearmut betroffenen Menschen angeht.

Was die Strompreisentwicklung angeht, würde ich als Geschäftsführerin der Stadtwerke keine Prognose mehr wagen. Ich hatte letztes Jahr mal gedacht, ich könnte das, weil da die Coroneffekte ein Hauptgrund waren, aber jetzt mit dieser Ukraine Krise sehe ich da keine Möglichkeit, irgendetwas zu prognostizieren.

Ich würde jetzt auf den zweiten Teil der Frage zu sprechen kommen, nämlich: Welche Auswirkungen hat das zum Beispiel auf die Industrie- und Gewerbetreibenden? – Gespräche, die ich mit Gewerbetreibenden in der Regel geführt habe, waren zweifach. Zum einen wurde mir erklärt, dass die Ist-Preise noch gar nicht unbedingt angekommen sind. Ein Drittel meiner Gesprächspartner hat gesagt, die sehen sie erst im zweiten Halbjahr bzw. erst nächstes Jahr, weil sie langlaufende Kontrakte abgeschlossen haben. Der andere Teil der Gewerbe- und Industrietreibenden, mit denen ich gesprochen hatte, haben gesagt, sie werden ihre Investitionen

neu überdenken. Die einen werden es aus Kostengründen einstellen, also nicht ganz, aber zumindest zurückfahren, und die anderen sagen, sie geben mehr für erneuerbare Energien aus. Die schauen jetzt ganz genau: Welche Dächer haben sie? Können sie sie belegen und damit lokal für sich selber den Strom produzieren?

Bezüglich der Haushaltskunden möchte ich erwähnen, dass die Auswirkungen aus der Perspektive der Berliner Stadtwerke aktuell nicht sehr hoch sind. Wir bekommen keine vermehrten Nachfragen bezüglich Stundung und haben auch keine erhöhten Forderungsausfälle, was vielleicht aber auch daran liegt, dass wir moderat Anfang des Jahres bei unseren Bestandskunden um 7 Prozent erhöht haben und aktuell bei den Neukunden sehr moderat bei 38,5 Cent liegen. Wenn Sie das mit anderen 100-Prozent-Stromanbietern vergleichen, dann sehen Sie, dass wir da mit den unter 40 Cent eine Ausnahme darstellen.

Was haben wir gemacht, um diese Preise so zu halten? – Wir haben, und das macht eigentlich jeder seriöse EVU – man kauft Monate und Jahre im Voraus. Das haben wir auch getan, und das tut man natürlich gemäß seiner Prognose. Man weiß, wie viele Bestandskunden man hat, und man rechnet mit einem gewissen Kundenzulauf. Genau diese Menge kauft man monatsweise im Vorfeld ein. Wir haben für 2022 zum Beispiel zu 100 Prozent gehedgt, was die geplanten Neukunden und die Bestandskunden angeht, und für kommendes Jahr haben wir 61 Prozent gehedgt. Das macht, wie gesagt, jeder seriöse Stromanbieter so. Die Stadtwerke handeln genau nach dieser Maßgabe, sodass man sagen und konstatieren muss, dass der Kostendruck von unseren Kunden aktuell noch gefedert wird.

Zum zweiten Teil – Punkt 3 b: Energiesperren und Energiearmut vermeiden. Dazu würde ich Folgendes ausführen: Die Stadtwerke verzichten bekannterweise von Anfang an bewusst auf Bonitätsabfragen im Vorfeld eines Vertragsabschlusses. Wir sperren selbst keine Kundenzähler. Wir haben natürlich ein Mahnverfahren, und wenn am Ende eines Mahnverfahrens, das insgesamt etwas über 72 Tage dauert, ein Kunde tatsächlich ausfällt, kündigen wir ihm. Die Stadtwerke verlinken und bewerben ganz aktiv auf unseren Verträgen, auf Rechnungen und auf der Webseite die Angebote der Verbraucherzentrale und der Energieberatung dort. Wir setzen aktuell auch in unserem Kundenportal darauf. Das ist noch ein Feature, das wir im nächsten Monat scharfstellen werden, dass die Kunden sich dort ein Prognosetool erstellen können, mehr oder minder nennen wir das Simulationsrechnung, sodass sie vorab wissen können, wenn sie ihren heutigen Zählerstand eingeben, wie viel Strom sie am Ende des Jahres verbraucht haben werden und was dieser Strom sie auch kosten wird, sodass sie keine Überraschung erleben, wenn Sie diese Simulation machen. Das ist kein handelsrechtlich valides Tool. Das ist eine reine Simulation, damit Kunden wissen, was auf sie im Laufe des Jahres zukommt, wenn der Verbrauch so ist, wie er aktuell bei den jeweiligen Kunden ist.

Als letzter Punkt, dann bin ich schon bei sieben Minuten, ich werde mich beeilen, kam dieser Hinweis: Was hätten wir für Wünsche an die Politik? – Im Grunde kann man hier leider, weil es das Energierecht betrifft, sehr oft nur auf die Bundesebene verweisen. Was könnte die Bundespolitik tun? – Einmal dieses Thema seriöse und unseriöse Anbieter. Kann man dieses Geschäftsgebaren von unseriösen Anbietern zukünftig über vielleicht die Bundesnetzagentur kontrollieren? – Das wäre ein Hinweis. Das Zweite wäre sicherlich auch noch mal der Aspekt der Reduzierung der allgemeinen Steuern und Abgabenlasten pro Kilowattstunde, die aktuell ungefähr 42 Prozent ausmachen. Das ist sicherlich auch eine Forderung, die oft aus dem Bereich Industrie und Gewerbe kommuniziert wird. Was für Berlin speziell interessant sein

muss, sind sozialpolitische Instrumente, aber auch da möchte ich lieber auf die Verbraucherzentrale, Frau Elß neben mir, verweisen, denn einen sozialen Ausgleich, wie man ihn in Berlin gegebenenfalls umsetzen kann, muss man natürlich diskutieren, genauso wie eine verstärkte Aufklärung, denn das hilft natürlich, Energie zu sparen, und das ist sicherlich sehr vernünftig, denn jede nicht verbrauchte Kilowattstunde muss man auch nicht bezahlen.

Last but not least – habe ich gelesen im Koalitionsvertrag – wollten Sie auf Bundesebene die Übernahme von Energieschulden und die Einführung eines Härtefallfonds prüfen. Auch dazu wird Frau Elß wahrscheinlich gleich mehr berichten können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Dr. Busch! – Dann, Frau Elß, haben Sie das Wort. – Bitte sehr!

Dörte Elß (Verbraucherzentrale Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! – Herzlichen Dank für die Einladung und dass ich heute die Gelegenheit habe, hier vor Ihnen zu sprechen! Ich habe eine kleine Präsentation vorbereitet. Auch ich habe die Herausforderung angenommen, fünf bis sieben Minuten zu beiden Themen etwas beizutragen, und versuche, es kurz und knapp zu machen.

STEIGENDE ENERGIEPREISE UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF BERLINER HAUSHALTE

Ausgangslage

- Energiepreise werden auf hohem Niveau verbleiben
- hohe finanzielle Belastung für alle Verbraucher*innen durch gestiegene Energiepreise

Folgen aus Sicht der Verbraucherzentrale Berlin e. V.

- Energiekosten zukünftig für mehr betroffene Haushalte nicht leistbar
- zunehmend andere Verbrauchergruppen betroffen z. B. Verbraucher*innen mit geringem/mittlerem Einkommen ohne Anspruch auf laufende Sozialleistungen
- aktuelle finanzielle Belastung derzeit noch sehr unterschiedlich

Ich denke, das haben wir alle schon mal festgestellt, die Energiepreise sind gestiegen. Sie werden womöglich noch weiter steigen. Sie sind auf hohem Niveau, und das wird eine große Belastung für Verbraucher immer mehr hinzukommen. Wir stellen fest in der Verbraucher-

zentrale bei uns in der Beratung, dass immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher nicht mehr in der Lage sind, ihre Energiekosten zu zahlen, und dass das mittlerweile auch unterschiedliche Gruppen betrifft. Es sind nicht nur die, die auch jetzt schon Sozialleistungen erhalten, sondern es sind auch die Gruppen davon betroffen, die über ein geringes oder mittleres Einkommen verfügen und bislang noch ohne Sozialleistungen auskommen. Was auch schon Frau Busch gesagt hat, wir stellen fest, dass die Auswirkungen in unterschiedlicher Zeit bei den Verbrauchern ankommen.

STEIGENDE ENERGIEPREISE UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF BERLINER HAUSHALTE

Aktuell:

- durch Erhöhung der laufenden monatlichen Abschläge (Strom und Gas)
- durch Insolvenz, Einstellung der Belieferung, Kündigung durch einige Energieversorger

Zukünftig:

- durch Erstellung der Jahresabrechnungen im Jahresverlauf
- durch hohe laufende Abschläge in Kombination mit hohen Nachforderungen aus Jahresabrechnungen

Warum tun sie dies? – Ich habe einen kleinen Aufschlag gemacht. Frau Busch hat es auch schon erwähnt. Ende des Jahres haben einige Anbieter die Verträge beendet, sei es, dass sie in Insolvenz gegangen sind, sei es, dass es überhaupt keine Gründe dafür gab. Die Verträge wurden eingestellt. Einige Anbieter haben auch schon hohe Abschlagszahlungen losgeschickt oder Preiserhöhungen. Aber auf die meisten Verbraucher wird es tatsächlich erst zukommen, wenn sie ihre Jahresabrechnung bekommen, und dann kommt es in doppelter Weise auf die Verbraucherinnen und Verbraucher zu. Einerseits werden sie eine Nachzahlung bekommen für den zurückliegenden Zeitraum, und sie werden gleichzeitig neue hohe Abschlagszahlungen zu bewältigen haben. Die Gruppe der Verbraucherinnen und Verbraucher, die das noch vor sich hat, wird erst im Laufe der Zeit bei uns in der Beratung aufschlagen.

STEIGENDE ENERGIEPREISE UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF BERLINER HAUSHALTE

- Insolvenz von Energieanbietern
- Einstellung der Belieferung
- Preissplitting beim Grundversorger
- Preiserhöhungen
 - Ohne Preiserhöhungsmitteilung
 - Preiserhöhungsmitteilung ohne Hinweis auf Sonderkündigungsrecht
 - Intransparente Preiserhöhungsschreiben
 - Preiserhöhung trotz Preisgarantie
- Ignoriertes Sonderkündigungsrecht

Ich gehe im Einzelnen gar nicht auf diese Seite ein. Frau Busch hat es auch schon erwähnt. Eine ganze Liste unseriöser Anbieter macht den Verbraucherinnen und Verbrauchern das Leben noch schwerer, als es schon einfach nur durch die gestiegenen Preise ist, indem Belieferungen einfach eingestellt wurden und diese Menschen dann in die Grundversorgung beim Grundversorger fallen. Alle haben das Preissplitting, die unterschiedlichen Tarife bei der GASAG mitbekommen. Es flattern Preiserhöhungen in die Haushalte, ohne dass es eine Mitteilung dazu gab, das heißt, eine intransparente Mitteilung gab. Es wird nicht auf ein Sonderkündigungsrecht hingewiesen. Es werden sogar Preise erhöht, selbst wenn es eine Preisgarantie gibt, wenn man meint, man hat sich abgesichert. Wenn der Verbraucher seine Ansprüche geltend macht, sein Sonderkündigungsrecht ausübt, dann wird er schlichtweg ignoriert. Das ist tatsächlich etwas, was bei uns im Augenblick massiv aufschlägt in der Beratung. Das sind die, die es im Augenblick am meisten spüren.

ENERGIESCHULDENBERATUNG DER VERBRAUCHERZENTRALE BERLIN E. V.

Beratung

- individuelle Verbraucher*innenberatung seit 2018
- zusätzlich Multiplikator*innenschulungen für soziale Träger
- Informationsveranstaltungen zum Beratungsangebot

Fachforum Energiearmut

- Fachforum (seit 2019) als Dialog- und Diskussionsplattform etabliert
- wichtiges Gremium, um gezielte Maßnahmen und Handlungsoptionen zu entwickeln
- aktive Unterstützung und klare Verantwortlichkeit auf Verwaltungsebene notwendig

Dann will ich zu dem Thema Energiesperren und Energiearmut kommen. Herr King hat es schon erwähnt. Seit 2018 haben wir eine Energieschuldenberatung und können in dieser Energieschuldenberatung Menschen beraten, die zum einen Energieschulden haben, diese befürchten oder auch von Energiesperren bedroht sind. Wir beraten bei uns am Standort in Tempelhof und zusätzlich an drei unterschiedlichen Standorten in Berlin verteilt, sodass wir da ein gutes Angebot bereitstellen können. Wir sind auch unterwegs und führen Multiplikatorinnen- und Multiplikatorenschulungen für Sozialträger durch, sodass auch immer mehr andere in der Lage sind, ihr Wissen an die dort Ratsuchenden weiterzugeben. Wir führen eine Menge Informationsveranstaltungen durch und versuchen so, den Ratsuchenden Unterstützung zu geben.

Das Ganze hilft schon sehr. Ich hatte zum Glück schon mehrfach die Gelegenheit, hier im Ausschuss zu berichten, wie die Beratung bei uns abläuft und wie wir viel dazu beigetragen haben, um Energiesperren zu vermeiden, unter anderem auch durch unser Fachforum Energiearmut, das Sie auch schon erwähnt hatten. 2019 haben wir das ins Leben gerufen. Es ist eine Dialog- und Diskussionsplattform. Die hat sich sehr bewährt. Frau Busch, Sie hatten auch schon erwähnt, wer daran alles beteiligt ist: Grundversorger, Netzbetreiber, Jobcenter, Bezirksämter, Regionaldirektionen, Sozialberatungsstellen und Vertretungen auch von drei Senatsverwaltungen. Das ist eine Austauschplattform, die wir sehr schätzen. In der letzten Zeit haben wir uns hauptsächlich mit Themen beschäftigt wie Kommunikation oder auch Verbraucherinformation. Wir haben Handlungsoptionen entwickelt wie zum Beispiel Informationen zu Beratungsstellen, die auch immer auf den Mahnungen draufstehen sollen und

Ähnliches mehr. Wir können dort noch viel effektiver sein, sagen wir, wenn wir noch weitere Unterstützung von Senatsverwaltungsseite hätten und es dort klare Verantwortlichkeiten gibt.

ENERGIESPERREN UND ENERGIEARMUT VERMEIDEN

❖ Entwicklung eines breiten Maßnahmenkatalogs notwendig

Ansatzpunkte:

- Kommunikations- und Öffentlichkeitsoffensiven an unterschiedliche Adressaten
- verstärkte Präventionsarbeit durch verschiedene Institutionen
- Prozessüberprüfungen auf Verwaltungsebenen
- landeseigene Unterstützungsmöglichkeiten prüfen (Härtefallfonds)

Das letzte Treffen dieses Fachforums Energiearmut hat am 7. April stattgefunden, wo sich alle überlegt haben: Was gibt es denn für Möglichkeiten, hier noch tätig zu sein? – Alle sind sich einig, es gibt nicht die Maßnahme für alle, sondern es müsste ein Maßnahmenpaket geschnürt werden. Auch in diesem Forum sind wir noch am Anfang mit den Überlegungen, aber die erste Überlegung war, eine Kommunikations- und Öffentlichkeitsoffensive zu starten zu unterschiedlichen Adressaten, zum Beispiel Verbraucherinnen und Verbraucher darüber aufzuklären: Lest euren Zähler ab! Übernehmt die Kontrolle über ganz einfache Dinge wie einen Zähler ablesen! – An der Stelle kann ich nur sagen, 25 Prozent aller Haushalte in Berlin sind gar nicht in der Lage, ihren eigenen Zähler abzulesen, weil sie dazu keinen Zugang haben. Eine verstärkte Präventionsarbeit zum Beispiel in Bezirksämtern, An- und Ummelden der einzelnen Wohnungen. Wie wäre es, wenn dann gleich ein Flyer ausliegt, wie man sich einen Energieanbieter aussucht? – Eine Prozessüberprüfung auf Verwaltungsebene. Es wird immer mehr Menschen geben, die Sozialleistungen und Hilfen in Anspruch nehmen werden, dass man sich dort überlegt: Wie kann man dort diese Prozesse beschleunigen? – Denn auch das führt dazu, dass Energiesperren vermieden werden können.

Frau Busch hat es auch schon erwähnt, auch ich habe in den Koalitionsvertrag geblickt und gelesen, dass auch die Möglichkeit eines Härtefallfonds geprüft werden soll. Ich denke, das

wäre jetzt genau die Stelle, an der man das prüfen sollte. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe, ich habe jetzt einen Überblick in sehr kurzer Zeit gegeben.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Alles gut, Frau Elß! Da haben wir hier schon anderes erlebt. – Danke! – Dann Herr Martin Greif. Sie haben das Wort, wenn wir Sie jetzt zuschalten könnten.

Martin Greif (Greif Holding) [zugeschaltet]: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Senator! Sehr geehrte Staatssekretäre! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich erst einmal vielmals bedanken, dass ich heute zu diesem sehr wichtigen Thema für unser Unternehmen, aber auch für unsere Branche, dem Thema der Energiekostenexplosion, der drohenden Reglementierung, aber auch der Erdgasmengen und möglichen Abschaltung von unserem Unternehmen sprechen darf. Auch ein großer Dank an Herrn Abgeordneten Wolf, dass er mich für dieses Thema in diesem Gremium vorgeschlagen hat!

Ich würde anfangen mit einer kurzen Vorstellung: Mein Name ist Martin Greif. Ich bin 39 Jahre Geschäftsführer der Greif-Gruppe. Wir sind ein deutschlandweit agierendes Textildienstleistungsunternehmen, haben uns auf die Vermietung von Textilien, zum Beispiel Hotelwäsche, Gastronomiewäsche oder Berufsbekleidung spezialisiert und sind Marktführer im Bereich der Hotellerie und Gastronomie in Deutschland. Zusätzlich vermieten wir auch noch unsere Wäsche in den Bereichen Industrie und Gewerbe und auch speziell im Gesundheitswesen. Wir sind ein Familienunternehmen in vierter Generation und feiern dieses Jahr unserer 100-jähriges Bestehen. Wir beschäftigen deutschlandweit ca. 1 400 Mitarbeiter in unseren zehn Standorten und speziell auch hier für Berlin gesehen an unserem Standort Berlin-Hohenschönhausen ca. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dieser Standort in Berlin-Hohenschönhausen wurde 2015 neu gebaut und modernisiert und zählt zu den modernsten und effektivsten Betrieben dieser Branche. Des Weiteren bin ich noch im Ausschuss für Technik und Umwelt unseres Branchenverbandes DTV.

Zur aktuellen Situation: Es ist leider so, dass wir, wie Sie alle wissen, innerhalb der dritten Krise in kürzester Zeit stecken, natürlich angefangen mit der Klimakrise vor mehreren Jahren. Wir bekämpfen schon seit 2015 aktiv aus unserer Sicht, von unserem Unternehmen aus, den vom Menschen gemachten Klimawandel, indem wir der Science-Based-Targets-Initiative beigetreten sind, um uns ein Klimaschutzziel, ein CO₂-Einsparungsziel von 38 Prozent aufzuerlegen auf der Basis von 2017 zu 2025.

Eine weitere Krise, die uns auch stark getroffen hat, ist die Coronakrise. Der Absatzmarkt ist in unserem Kernbereich der Hotellerie und Gastronomie eingebrochen, sodass wir im ersten Lockdownmonat, April 2020, in diesem Bereich sogar einen Umsatzrückgang von 96,32 Prozent hatten. In diesem Bereich mussten wir teilweise komplette Betriebe für diese Dauer schließen und mussten – toi, toi, toi, Gott sei Dank – durch Kurzarbeit keine betriebsbedingten Kündigungen aussprechen.

Jetzt ist die größte Krise, es ist wie so eine Kaskade oder eine Stufe weiter, diese mit dem abscheulichen Angriffskrieg von Wladimir Putin gegen die Ukraine, den ich persönlich auf das Schlimmste verurteile, verbundene Energiekrise, die für unser Unternehmen folgende Auswirkungen hat, wenn man mal in die Kosten schauen kann: Unsere Stromkosten haben sich innerhalb kürzester Zeit – ich würde sagen, der Durchschnitt des letzten Jahres zum letzten Monat März – um 30 Prozent erhöht, der Treibstoff für unsere Lieferfahrzeuge um 57 Prozent, und jetzt kommt der größte Hammer, und das Erdgas um 279 Prozent, was uns massiv trifft, auch dieses Embargothema. Wie bereits angesprochen wurde, ist das meines Erachtens nur der Anfang von einem Sog, der sich wahrscheinlich im Laufe des Jahres noch verschlimmern wird.

Zusätzlich kommen für unsere Branche weitere massive Steigerungen, die natürlich auch durch die Coronapandemie angefacht wurden, durch die Probleme in den Lieferketten, weswegen wir Textilerhöhungen hinnehmen müssen. Wir haben Preiserhöhungen in der Waschmittelchemie und nicht zuletzt die Mindestlohnsteigerung, wie Sie alle wissen, von 22 Prozent, die natürlich gerechtfertigt ist, das muss man auch sagen, angefacht durch die Inflation, wodurch die anspruchsvolle Arbeit unserer Mitarbeiter gewertschätzt wird.

Das Ganze im Paket trifft uns massiv. Die Mindestlohnsteigerung wurde in unsere Planungen und die Planungen für unsere Preisanpassung berücksichtigt, aber diese Kostenexplosion bei der Energie wurde nicht einkalkuliert – wie man es auch nimmt, keiner konnte so weit voraussehen –, sodass keine kurzfristigen und schnellen Preiserhöhungen, oder sagen wir mal so, immer weitere Schritte der Preiserhöhung monatlich zu machen, in unserer Branche, in unserer Dienstleistung nicht möglich sind, weil wir an langfristige Verträge gebunden sind.

Was hat das für Auswirkungen? – Diese Kostenexplosion hat natürlich existenzielle Auswirkungen. Arbeitsplätze werden massiv und stark bedroht, nicht nur bei uns, sondern auch für unsere Branche an sich, weil nämlich ein drohendes Erdgasembargo, wie es im Raum steht, mit einer Reglementierung verbunden sein könnte oder, der Worst Case, einer Kappung, die zum einen weitere Kostensteigerung mit sich führen würde, zum anderen benötigen wir als Textildienstleister Erdgas für unsere Wasch- und Trocknungsprozesse, aber auch für unsere Mangelprozesse. Um eine saubere Wäschequalität abliefern zu können, kommen wir leider nicht um Erdgas herum. Das Ganze hat natürlich Auswirkungen auf die weitere Lieferkette. Wenn wir nicht mehr mit Erdgas versorgt werden, können wir keine Belieferung unserer Kunden, speziell von systemrelevanten Kunden, im Gesundheitswesen, den Lebensmittelbetrieben, die wir versorgen, Energieversorger oder aktuell die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine –– Speziell in Berlin hat sich das Estrel Hotel bereit erklärt, Kapazitäten freizumachen, um Flüchtlinge aufzunehmen. Dabei wurde bereits ein Schreiben vom Direktor des Estrel an Herrn Senator Schwarz geschickt, um für uns eine Systemrelevanz auszusprechen, um dieses Haus weiter beliefern zu können.

Nur am Rande: Es ist natürlich klar, wenn wir, was die Auswirkungen auf die Wirtschaft in Berlin angeht, keine Belieferung der Hotels mehr vornehmen, hat das selbstverständlich auch massive Auswirkungen auf den Tourismus der Stadt Berlin, aber das würde ich nur am Rande lassen.

Des Weiteren ist in § 53a des Energiewirtschaftsgesetzes meines Erachtens ein Fehler, der korrigiert werden muss, denn die Systemrelevanz der Zulieferer von kritischer Infrastruktur wird nicht erwähnt bzw. wird ihnen abgesprochen. Das heißt unter dem Strich: Wenn wir nicht systemrelevant sind, wenn wir kein Gas bekommen, können wir keine Bettwäsche für das Gesundheitswesen liefern, wir können keine Bettwäsche für die Flüchtlingsunterkünfte liefern, wir können keine hygienische Kleidung für Lebensmittelbetriebe liefern und selbstverständlich auch für die Energieversorgung, die mit persönlicher Schutzausrüstung arbeitet, können wir demnach keine Kleidung mehr liefern.

Jetzt haben wir ein Riesendilemma, nicht nur unseres Unternehmens, sondern unserer gesamten Branche. Wie bereits erwähnt: Ohne Gas geht es leider nicht. Es ist aber auch keine kurzfristige Umstellung auf andere Energieträger möglich. Man muss fairerweise dazu sagen: In der Vergangenheit hat man immer vom Gas profitiert. Zum einen war es günstig, zum anderen wurde aber von der Politik, aber auch von Maschinenlieferanten immer gesagt, was stimmt, dass es einen sehr hohen Wirkungsgrad hat, und dadurch hat sich die ganze Branche auf Gas fokussiert, früher vom Heizöl. Sie werden es wahrscheinlich noch wissen: Anfang dieses Jahres wurde Gas sogar noch als nachhaltige Übergangstechnologie oder Übergangslösung proklamiert, was übrigens einen Monat später auch die Kernenergie war. Dahin gehend sieht man, dass Gas immer salonfähig war.

Was ist unser Ziel? Wie können wir diese Herausforderungen meistern? – Unsere Dienstleistung an sich ist eine Kreislaufwirtschaft. Unsere Dienstleistung ist per se nachhaltig, weil die Wäsche, die wir waschen, immer im Kreislauf läuft und dadurch immer wieder gereinigt wird und wieder eingesetzt werden kann. Wir wollen und sind auch dazu bereit, weg von fossilen Brennstoffen zu gehen. Wir wollen den Umstieg auf alternative Energieträger wie Strom, Wasserstoff oder was auch immer noch kommt, aber das ist leider nicht kurzfristig möglich, und so müssen wir leider noch am Gas hängenbleiben. Ein weiterer Punkt ist: Das Angebot einer nachhaltigen Technik, das Angebot und die Verfügbarkeit von nachhaltigen Energieträgern und auch die Kosten, die damit verbunden sind, sind natürlich sehr eingeschränkt, wo uns leider auch die Hände gebunden sind.

Meine Zusammenfassung, mein Appell an die Politik ist: Wir brauchen die Systemrelevanz unserer Betriebe für unsere Branche, um im Falle einer Ausrufung der Notfallstufe als Dienstleister für die kritische Infrastruktur weiterhin mit Gas versorgt zu werden. Des Weiteren muss § 53a des Energiewirtschaftsgesetzes geändert werden, um die Dienstleister oder die Zulieferer von kritischer Infrastruktur mit aufzunehmen.

Punkt 2: Entlastung bei den Energiekosten. Es wurde heute bereits erwähnt: Die EEG-Umlage-Abschaffung ist ein Punkt, aber wir sehen, dass die Kosten immer weiter steigen. Dazu brauchen wir, wahrscheinlich die ganze Wirtschaft, eine staatliche Unterstützung, wie wir das Ganze meistern können, speziell für unser mittelständisches Unternehmen und unsere Branche, um eine drohende Insolvenzwelle, die damit verbunden wäre, oder Massenarbeitslosigkeit in der Branche zu vermeiden.

Ein dritter Punkt ist: Wie gesagt, wir wollen umstellen. Wir sind Fans von nachhaltiger Technologie, aber uns sind die Hände gebunden, und wir wünschen uns noch mehr Unterstützung und Förderung, um für die gesamte Wirtschaft einen Umstieg weg von den fossilen Brennstoffen zu ermöglichen und auch noch zu beschleunigen.

Wie Sie durch meine Erläuterungen feststellen konnten, haben uns als Branche und Unternehmen die letzten drei Krisen massiv getroffen und stellen uns als Familienunternehmen, aber auch als Branche in den nächsten Jahren vor gewaltige Herausforderungen. Wir müssen fast schon in Monaten oder Tagen rechnen, die uns das Überleben sichern. Wir sind gewillt, vom Erdgas wegzukommen, denn ich sehe es seit gestern auch immer kritischer, dass hier eine Abschaltung vonstattengehen wird. Das Ganze gelingt aber nur mit Ihrer Unterstützung, und das Ganze gelingt nur, da bin ich jetzt bei Ihnen falsch, mit Unterstützung der Bundespolitik. – Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe selbstverständlich für Fragen von Ihrer Seite zur Verfügung.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für Ihre Stellungnahme, Herr Greif! – Dann treten wir in die Frage- und Rederunde der Kolleginnen und Kollegen ein. Ich habe als Erstes den Kollegen Wolf für die FDP-Fraktion.

Christian Wolf (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Vortragenden! Vielen Dank, Frau Elß, für Ihre Arbeit als Verbraucherschützerin für die Verbraucher dieser Stadt!

Meine Fragen richte ich als Erstes an Frau Dr. Busch: Die Stadtwerke sind nicht nur Stromanbieter im Sinne eines Einkäufers und Verkäufers von Energie, sondern auch Stromproduzent. Laut Ihrer Angabe sind es knapp 50 000 Haushalte, wahrscheinlich schon ein bisschen mehr. Das heißt, sie produzieren auch Strom für diese Haushalte. Inwieweit wirkt sich dieser eigenproduzierte Strom auf die Steigerung der Strompreise aus? Wirkt das strompreisdämpfend für Ihre Kunden? Dann ist meine Frage: Wie langfristig kaufen Sie Strom ein, und betrafen diese Preiserhöhungen nur Neukunden oder auch die Bestandskunden? Theoretisch würden die Bestandskunden von ihren langfristigen Lieferverträgen und der Preisstabilität profitieren. Warum finde ich das Angebot der Berliner Stadtwerke nicht in den Preisvergleichsportalen? Wenn man dort schaut, kann man einige Ökostrompreise finden, die unter denen der Berliner Stadtwerke liegen. Die Frage ist, inwieweit das Angebot konkurrenzfähig ist.

Meine Frage an den Senat wäre, inwieweit Sie schon eine Liste erarbeitet haben, welche Unternehmen in Berlin betroffen wären. Wir haben von der Bundesregierung eine Datenerhebung mit der Sicherheitsplattform Gas, wo praktisch der Verbrauch und der Bedarf von Industrien ermittelt werden soll. Inwieweit hat der Senat eigene Daten erhoben, oder verlässt man sich hier vollkommen auf die Bundesseite, die durch die Bundesnetzagentur die Abschaltung vornimmt? Inwieweit sind die Berliner Unternehmen informiert, dass dieser Notfallplan in Kraft treten kann, mit der dritten Stufe im Zweifel die Abschaltung?

Ich nehme Bezug auf die Pressekonferenz von Ihnen, Herr Senator, vom 12. April, dass einige Berliner Unternehmen zwangsweise geschlossen werden können. Wie gesagt, wie findet hier die Auswahl statt? Herr Greif hatte es formuliert. Im Zweifel weiß man nicht, ob man systemrelevant ist oder nicht.

Dann ist die Frage, inwieweit der Senat die Produktionsausfälle der betroffenen Unternehmen gedenkt zu kompensieren. Sie haben die Frage schon ein bisschen in der Aktuellen Viertelstunde beantwortet, wo Sie sagten, Sie warten auf den Bund. Mit den Coronahilfen, mit der Soforthilfe I, waren wir recht schnell. Ist eine ähnliche Schnelligkeit angedacht, oder geht es eher in Richtung Coronasoforthilfe II, Überbrückungshilfen des Bundes, erst mal abwarten was da kommt und dann erst das Landesprogramm auflegen? Ich würde mich freuen, wenn Sie noch ein paar Präzisierungen machen könnten. – Das wäre es erst mal. Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Herr Kollege! – Dann habe ich die Kollegin Lüdke für die SPD-Fraktion.

Tamara Lüdke (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von mir an alle Berichtenden! Ich glaube, es macht es besonders schwierig, dass es überhaupt gar keine Prognosen zu geben scheint oder dass Prognosen sehr schwierig sind, wie lange diese Preisexplosion andauern wird. Daher können wir aktuell gar nicht einschätzen, wie wichtig es ist, alle Personen abzuholen, die einen Unterstützungs- oder Beratungsbedarf haben. Deshalb hätte ich noch ein, zwei Nachfragen an Frau Elß. Könnten Sie ein bisschen ausführlicher darstellen, wie Sie aktuell bei der Energieschuldenberatung gefördert werden? Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Sie, und wie viele Berater beraten bei Ihnen? Kann damit jede Person, die sich einzeln bei Ihnen meldet, abgedeckt werden? Sie hatten nämlich die Multiplikatorinnen- und Multipliktorenschulungen angesprochen. Es scheint offensichtlich eine wichtige Säule zu sein, dass Sie noch auf anderen Wegen den Betroffenen Rat bieten können.

Die zweite Sache wäre: Haben Sie vielleicht ganz konkrete Beispiele dafür, wie die Kosten in Einzelfällen angestiegen sind? Sie haben gesagt, es gibt sehr viele, denen der Vertrag gekündigt wurde, die in die Grundversorgung gefallen sind und jetzt einen neuen Tarif suchen müssen. Vielleicht können Sie den Umfang anhand eines Beispiels darstellen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann bin ich selbst auf der Liste.

Jörg Stroedter (SPD): Ich würde gern erst mal den Senat fragen: Wir haben diese Debatte über ein Gasembargo, Öl und Kohle schon eine ganze Weile. Gas ist das allerschwierigste Thema. Es gibt Positionen, von Herrn Fratzscher zum Beispiel, dass wir das eigentlich gar nicht könnten, um es mal so deutlich zu sagen, weil die Abhängigkeit zu groß ist. Nach meinen Informationen ist sie in Berlin besonders groß. Vielleicht könnten Sie dazu mal Stellung nehmen, welche Möglichkeiten Sie sehen, wann man überhaupt imstande wäre, selbst auszuweichen. Die politische Debatte ist sehr hochgekocht. Wenn Russland selbst den Hahn abdreht, müssen wir es ganz schnell machen, aber ansonsten ist die Bundesregierung dabei sehr vorsichtig, und auch Teile der Opposition sind in der Frage sehr vorsichtig. Ich würde gern mal Ihre Position wissen.

Frau Elß! Zum Thema Energiesparen: Frau Dr. Busch von den Stadtwerken hat gesagt, dass sich die Stadtwerke sehr verbraucherfreundlich nicht daran beteiligen und nicht versuchen, das durch Energiesperren zu lösen. Wie ist denn die Situation insgesamt in der Stadt? Ist das immer noch ein sehr großer Faktor, und nahmen die Zahlen in den letzten Monaten durch die Preissituation deutlich zu, oder kann man das jetzt noch nicht spüren, weil es noch zu früh ist? Vielleicht könnten Sie dazu etwas sagen.

Dann würde mich das Thema unseriöse Anbieter interessieren. Auch dazu war in den Medien einiges zu hören und zu sehen. Das ist aus meiner Sicht ein Teil einer falschen Liberalisierung des Marktes, dass immer mehr Anbieter auf den Markt gehen, mit Billigangeboten locken, und wenn dann die Probleme auftauchen, werden die Verbraucher im Stich gelassen. Vielleicht können Sie sich ein bisschen genauer zu dem Thema äußern, welche Rolle das hier in Berlin spielt.

Dann hätte ich noch eine Frage an den Senat zum Thema Bevorratung, Speicher. Ich erinnere mich noch an den Gasspeicher im Grunewald, und ich kenne auch die Begründung der damaligen Vorstandsvorsitzenden der GASAG, warum wir den nicht mehr brauchen. Nun hat sich leider vieles geändert. Wie sieht es mit Bevorratung insgesamt aus? Welche Möglichkeiten sehen Sie?

Die FDP hat die Frage nach der Unterstützung für die Wirtschaft schon gestellt. Ich würde auch gern wissen, wie das gemacht wird. Die Ampelkoalition hat im Bund für die Verbraucher einen ersten Step beschlossen. Wie sehen Sie das in der Auswirkung? Reicht das aus, oder muss Berlin weitere Maßnahmen machen?

Der letzte Punkt wäre das Thema Stadtwerk. Frau Busch hat eindrucksvoll vorgetragen, was das Stadtwerk macht. Ich hätte auch gern eine Stellungnahme von Ihnen, Herr Senator, wie Sie gerade in einer solchen Situation die Rolle eines Stadtwerks sehen, weil in der Vergangenheit von Teilen der Opposition kritisiert worden ist, dass man überhaupt so einen Anbieter braucht, ob nicht gerade jetzt in der Krise sich sehr deutlich zeigt, dass Stadtwerke eine gute Einrichtung sind. – Das von meiner Seite.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann wieder in der Rolle des Ausschussvorsitzenden: Jetzt wäre der Kollege Dr. Taschner für Bündnis 90/Die Grünen dran.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von mir an die Anzuhörenden für die sehr interessanten Ausführungen! Ich habe natürlich auch ein paar Fragen mitgebracht, zunächst an Frau Busch: Die Berliner Stadtwerke sind, glaube ich, deutschlandweit immer noch führend in Sachen Mieter-/innenstromprojekte. Das ist eine schöne Sache, schützt nicht nur das Klima, sondern sorgt auch für günstigeren Strom vom eigenen Dach. Können wir aus der Strompreisexplosion, das ist ein blödes Wort, aus der Strompreissteigerung der letzten Woche sagen: Mit Mieterstromprojekten kann ich mich als Mieter/Mieterin deutlich besser vor steigenden Strompreisen schützen? Welche Erfahrungen haben Sie aus Ihren Mieterstromprojekten? Wie mussten Sie die Preise erhöhen? Würden Sie sagen, das wäre eine super Lösung für viel mehr Dächer und für viel mehr Mieter/-innen in dieser Stadt?

Sie haben gesagt, dass Sie ein relativ langes Mahnverfahren haben und dann eventuell Kündigungen aussprechen. Wie muss ich mir das vorstellen? Wie oft müssen Sie letztendlich kündigen, und wie gestaltet sich dieses Mahnverfahren? Wir leben in Berlin an einer Stadt, in der viele nicht unbedingt nur deutsch sprechen. Sind Sie multilingual unterwegs, um auch dafür zu sorgen, dass die Leute, die Post oder eine Mail von Ihnen bekommen, verstehen, was darin steht?

Weil Herr Wolf gesagt hat, es gibt billigere Ökostromanbieter als die Stadtwerke: Ökostromanbieter ist nicht Ökostromanbieter. Vielleicht können Sie noch ausführen, welche Ökostromqualität die Berliner Stadtwerke anbieten und wie sie sich von anderen unterscheiden.

An Frau Elß hätte ich die Frage: Wenn mir jetzt vollkommen schuldlos von so einem Billiganbieter gekündigt wurde, dann falle ich erst mal in den Grundversorger rein. Wie schnell kommen denn die Leute aus diesem Grundversorgertarif wieder raus? Ich glaube, gerade bei denen, die eher einkommensschwach sind, ist das doch eine große Hürde. Das heißt, von einem Billiganbieter, wo ich dachte: Wow, super, cool, billiger Strom –, falle ich plötzlich in einen Stromtarif, der massiv teurer ist und komme aus dem nicht mehr raus. Ist dem so, und wie könnte man dem entgegenwirken? Sehen Sie, dass es da gerade Bewegung gibt? Sind die Billiganbieter weniger geworden, oder haben Sie das Gefühl, die Leute sind vielleicht aufmerksamer geworden und fallen nicht mehr auf die Strompreisgarantie und den billigen Strompreis herein, den viele anbieten?

Dann noch die Frage zur Erfolgsquote: Bisher haben wir von Ihnen sehr hohe Erfolgsquoten bekommen, wo Sie Strom- oder Energiesperren abwenden konnten, ich glaube über 90 Prozent. Trifft das nach wie vor zu? Sind Sie nach wie vor so gut?

Dann haben Sie den Runden Tisch angesprochen, den es nach wie vor gibt. Wir hatten zu Beginn der letzten Legislaturperiode versucht, mit den Grundversorgern Vattenfall und GASAG gemeinsam Lösungen zu finden, um Mahnverfahren zu verbessern. Würden Sie aus Ihrer Sicht bestätigen können, so wie Vattenfall und GASAG es darstellen, dass es wirklich Verbesserungen für mehr Verbraucher-/innenschutz gibt?

Den Härtefallfond haben Sie auch angesprochen. Wie sollte so etwas ausschauen, oder an welchem Vorbild sollten wir uns vielleicht in Berlin orientieren?

Herr Greif! Vielen Dank für den Einblick in Ihr Unternehmen! Sie haben gesagt, Sie sind Fan von Erneuerbaren. Das kann ich durchaus verstehen. Das sollte eigentlich jeder sein. Was machen Sie denn schon aktiv? Ich habe schon mitbekommen, dass Sie viel auf Erdgas angewiesen sind, aber Sie haben auch Strompreise genannt, die deutlich gestiegen sind. Setzt Ihr Unternehmen schon auf Erneuerbare? Haben Sie bei Ihren Produktionsanlagen – ich weiß nicht, wie es heißt, Waschanlagen – auch schon Erneuerbare installiert? Was für eine Strategie entwickeln Sie, um aus diesem Erdgas rauszukommen? Sie haben gesagt, das ist im Moment sehr schwer, das kann man nicht einfach eins zu eins ersetzen. Ist für Sie Wasserstoff die richtige Richtung, wobei wir gar nicht wissen, zu welchem Preis Wasserstoff überhaupt zur Verfügung stehen würde, und mit wem sind Sie darüber im Austausch? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die CDU-Fraktion – Herr Kollege Gräff!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich hätte auch die Frage an Herrn Greif: Sie haben sehr eindrucksvoll die Situation des Unternehmens und übrigens auch vieler anderer, die an solchen Ketten hängen, die der eine oder andere als Verbraucher vielleicht gar nicht auf den ersten Blick sieht, geschildert. Mich würde interessieren, Herr Greif: Was wären Ihre ganz konkreten Forderungen kurzfristig, unabhängig davon, dass wir jetzt erst mal davon ausgehen, dass wir weiter Erdgas geliefert be-

kommen, aber Sie kommen wirtschaftlich in eine existenzielle Situation? Sie werden wahrscheinlich nicht eine Marge von 15 Prozent oder 20 Prozent haben. Insofern werden die steigenden Energiekosten das aufessen, und Sie kommen, das haben Sie gesagt, in eine existenzielle Situation. Was wären die konkreten, gegebenenfalls auch wirtschaftlichen, Forderungen oder Wünsche, wenn man es mal so formuliert?

Mich würde vom Senat interessieren, danach habe ich schon vorhin in der Aktuellen Viertelstunde gefragt, welche wirtschaftlichen Hilfen gefragt sind.

Zweitens, energiepolitisch habe ich zwei Fragen. Die Erste: Der Bundeswirtschaftsminister hat gestern verkündet, dass Deutschland relativ zeitnah autonom werden könnte, auch von Gas. Mich würde sehr interessieren, ob Sie Unterlagen darüber haben, was der Bundeswirtschaftsminister gestern verkündet hat, ob Sie dazu eine Einschätzung aus Berliner Sicht haben. Ich bin unglaublich überrascht. Ich finde es toll. Ich finde optimistische Menschen immer toll, aber wie sich das darstellt, gerade für die Region Berlin-Brandenburg, wie wir innerhalb von Stunden eine Energieunabhängigkeit hergestellt bekommen, interessiert mich sehr.

Die zweite energiepolitische Frage für mich ist: Wir sind eine gemeinsame Metropolregion. Ich sehe das gerade beim Thema Energie auch aus der heutigen Runde heraus noch nicht so richtig adressiert, sondern wir diskutieren immer im Berliner Schachtelchen. Wir haben beide große Herausforderungen. Wirtschaftspolitisch hat Brandenburg, glaube ich, die größeren Herausforderungen in der Frage, weil sie ganz unmittelbar von der Frage betroffen sind, was passiert, wenn kein Öl mehr in die Raffinerieanlagen geliefert wird, dann hat das in der Tat auf Arbeitsplätze massive Auswirkungen, ich glaube, auch irgendwann in die Region hinein. Das gilt auch für andere energiepolitische Fragen, und da würde mich interessieren, wie Sie gemeinsam mit dem Minister in Brandenburg im Dialog sind, und wie wir das gemeinsam stemmen können. – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke, Herr Kollege! – Dann haben wir den Kollegen Dr. King für Die Linke.

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank! – Frau Dr. Busch! Sie hatten vorhin gesagt, das finde ich sehr gut, dass die Stadtwerke keine Bonitätsprüfungen machen. Das heißt, auch jemand, der einen Schufa-Eintrag hat, könnte bei Ihnen einen Vertrag bekommen, weil Sie das gar nicht abfragen würden. Das finde ich super. Dass Sie keine Energiesperren durchführen, finde ich auch sehr gut. Das wären wichtige Fragen gewesen, die ich heute gern mitgenommen hätte, also prima.

Eine andere Frage betrifft das Fachforum Energiearmut. Frau Dr. Busch! Sind die Stadtwerke da auch involviert, sitzen Sie mit am Tisch? Die Frage könnte ich jetzt auch an Frau Elß stellen. Wie ist das? Das würde mich interessieren.

Frau Elß! Sie haben ein bisschen durchblicken lassen, dass das Fachforum ein großes Potenzial hat, auch sehr wichtig ist, aber dass noch ein bisschen Luft nach oben ist, was die Verbindlichkeit der Zusammenarbeit betrifft. Sie haben es elegant ausgedrückt, aber ich habe Sie so verstanden, dass das auch an die Politik adressiert war. Vielleicht können Sie ganz frei von der Leber weg mal sagen, was die Verbesserungspotenziale wären. Das fände ich gut.

Ich habe auch eine Frage zum Härtefallfonds. Ich finde es gut, dass Sie beide dieses Vorhaben begrüßen. Wir wollen das jetzt vorantreiben und im Doppelhaushalt verankern. Es gibt konkrete Erfahrungen, nicht nur in Hannover, auch in Bremen. In Bremen ist die Verbraucherzentrale in die Abwicklung involviert. Sind Sie im Austausch? Können Sie etwas darüber berichten, wie das dort funktioniert, vielleicht als Anregung für uns, wenn es an die konkrete Ausgestaltung geht?

Zu den unseriösen Anbietern, die jetzt schon ein paar Mal zur Sprache kamen: Es gab zum Jahreswechsel eine regelrechte Massenflucht von unseriösen Billiganbietern aus ihren Verträgen. Ich frage mal in Ihre Richtung: Mir ist gar nicht so ganz klar, wie da die rechtliche Situation ist. Empfehlen Sie Leuten, die zu Ihnen kommen und sagen: Mir ist gekündigt worden. Ich habe jetzt einen mordsteuren Ersatztarif und komme nicht mehr zurecht –, gegen die Billigstromanbieter zu klagen? Es gibt eine Sammelklage der hessischen Verbraucherschützer gegen Stromio. Haben Sie auch so etwas in der Art vor, unterstützen Sie das, und wie sehen Sie die Aussichten? Ganz abgesehen davon müsste man übrigens auch das Energiewirtschaftsrecht mal daraufhin überprüfen, ob man das nicht wasserdicht machen kann, dass so etwas eben nicht passiert. Da gibt es eine Bundesratsinitiative aus Niedersachsen, die wir von Berliner Seite aus unterstützen sollten, denn das ist, wie Jörg Stroedter gesagt hat, wirklich ein Auswuchs des Neoliberalismus, der jetzt sehr schwer auf die Leute zurückschlägt.

Mich würde interessieren, welche Menschen konkret zu Ihnen kommen, Sie haben es kurz angedeutet, also was Sie für Menschen haben, die Ihre Beratung benötigen. Wir gehen davon aus, und das haben Sie auch kurz angedeutet, dass sich das noch auf weitere Bevölkerungskreise ausweiten wird. Worauf stellen Sie sich ein?

Schließlich würde mich noch ein bisschen allgemeiner interessieren, vielleicht von Herrn Greif, aber auch vom Senator: Da kann ich bei Herrn Gräff anknüpfen. Ich bin auch ein bisschen über die schnelle Energiewende überrascht, die jetzt innerhalb von Tagen passieren soll. Wenn ich lese, dass die Raffinerie in Schwedt schon infrage gestellt wird, die Versorgung der Raffinerie, aber eigentlich sogar der ganze Standort, dann stelle ich mir vor, dass das nicht ohne Auswirkungen auf die Preise von Ölprodukten in Berlin und Brandenburg bleiben kann. Worauf stellt sich der Senat da ein, und worauf stellen sich die Unternehmen, die das betroffen wird, ein? Was die Gasversorgung betrifft, haben Sie schon ziemlich eindeutig gesagt, dass Sie da hoffen, Herr Greif, und der Hoffnung schließe ich mich an, dass es kein Gasembargo geben soll, aber es kann trotzdem dazu kommen. Wie bereiten Sie sich auf so eine Situation vor? Das frage ich sowohl den Wirtschaftsvertreter als auch den Senator.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann habe ich noch den Kollegen Trefzer für die AfD-Fraktion.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Stroedter! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Frau Busch! Sie haben zu Beginn Ihrer Anhörung sehr eindrucksvoll ausgeführt, in welchem Umfang die Energiepreise gestiegen sind. Die Einkaufspreise für Strom hätten sich ungefähr verfünffacht, haben Sie ausgeführt, aber Sie haben auch gesagt, wie moderat Sie bislang erst die Preise erhöht haben, durch das Hedging, das Sie durchgeführt haben, durch die langfristige Einkaufsstrategie. Das hat sich für mich ein bisschen so angehört, wie wenn das dicke Ende noch bevorsteht, denn wenn die Preise so hoch bleiben, dann wird irgendwann der Einkaufspreis für die in der Zukunft liegenden Perioden höher werden. Dann wird das Hedging teurer werden. Jetzt meine Frage: Haben Sie schon darüber nachgedacht, wie Sie das abfedern wollen? Sind Sie schon dabei, die Abschlagszahlungen für Ihre Kunden anzupassen, oder ist das noch nicht geschehen? Wenn das noch nicht geschehen ist, wäre meine Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die Abschlagszahlungen bereits jetzt zu erhöhen, damit es eben nicht am Ende des Jahres zu diesem dicken Ende kommt, wenn die Nachzahlungen kommen für die Betriebskostenabrechnung, für die Stromkostenabrechnung und zusätzlich dann noch die höheren Abschläge? Das wird für den einen oder anderen zu einer Belastung, die dann wirklich nicht mehr auszuhalten sein wird.

Meine Frage an den Senat im Anschluss an das, was die Kollegen schon gefragt haben: Wenn es zu einem Gasembargo kommen sollte, Herr Senator, wie würden Sie denn die Auswirkungen auf die Berliner Wirtschaft quantifizieren? Man hört von einem Wirtschaftsforschungsinstitut auf Bundesebene: zwischen 3 Prozent und 6 Prozent minus beim Bruttosozialprodukt. Wie würde sich das in Berlin niederschlagen? Wie würden Sie das einschätzen? Wie würden wir in Berlin mit dieser Situation umgehen? Auch der Kollege Wolf hatte nach der Kontingentierung gefragt. Wie weit sind Sie da im Haus? Welche Szenarien haben Sie aufgebaut?

Vielleicht ganz grundsätzlich die Frage: Wie kann man damit umgehen, wenn die Energiepreise teuer bleiben sollten? Ich glaube, die einzige Antwort, die es hier langfristig geben kann, ist ganz klar die Reduzierung der Steuern auf Energie. Alles andere führt dann nicht weiter. Sowohl die Subventionierung einzelner Verbraucher als auch Kontingentierungen sind keine Antwort in einem marktwirtschaftlichen System, die langfristig tragfähig wäre. Langfristig tragfähig wäre nur, dass der Staat sagt: Ja, wir reduzieren den Obolus, den der Staat auf diese Energieträger erhebt. Wir reduzieren die Energiesteuern, aber vielleicht auch zum Teil die Mehrwertsteuer auf Energie, um die Belastung für die Verbraucher, aber auch für die Unternehmen zu reduzieren. – Das ist die einzige sinnvolle und dauerhaft tragfähige Antwort. Alles andere ist Herumdoktern an den Symptomen, darüber müssen wir uns klar sein.

Es gibt noch zwei langfristige Faktoren, die man an der Stelle auch mal erwähnen sollte, die schon langfristiger auf den Strompreis eingewirkt haben, die indirekter wirken, aber die auch eine Wirkung entfaltet haben. Das ist die Billiggeldpolitik der Europäischen Zentralbank, die EZB-Geldpolitik. Wir wissen alle, dass die internationalen Energiemärkte in Dollar abgerechnet werden. Wir haben gerade erst nach der letzten Pressekonferenz der EZB, als gesagt wurde: Wir steigen nur langsam aus dieser Billiggeldpolitik aus –, gesehen, wie der Dollar wieder gestiegen ist und wie stark gerade in diesen Tagen der Euro wieder gefallen ist. Wir brauchen eine vernünftige Geldpolitik und eine stabile Währung. Auch das ist eine ganz grundlegende Voraussetzung für stabile Energiepreise in Deutschland. Das müssen wir uns klarmachen. Da gibt es nichts geschenkt.

Natürlich spielt auch das Thema Kernenergie eine ganz entscheidende Rolle. Kernenergie muss unserer Auffassung nach wieder eine Rolle im Energiemix spielen, denn natürlich würde beispielsweise eine Verlängerung der Laufzeiten für die Kernkraftwerke, die noch am Netz sind, dazu führen, dass es eine Entlassung gibt, dass es ein zusätzliches Stromangebot gibt. Ich denke, darüber sollten wir noch mal nachdenken, das muss natürlich die Bundesregierung an allererster Stelle machen, ob diese Kernkraftwerke nicht noch länger am Netz gehalten werden können, gerade in der jetzigen Situation, um die Strommärkte zu entlasten. Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren, Frau Busch, ob das auf der Angebotsseite ein bisschen Luft geben würde. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde und fangen mit dem Senat an. – Herr Senator Schwarz! Sie haben das Wort.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe mir eine Menge Fragen notiert. Teilweise haben die sich aber überschritten. Ich fange mal an mit einer Frage, die an mehreren Stellen gestellt worden ist: Wie ist eigentlich der Mechanismus, wenn es zu Gassperrungen oder zu einem Gasembargo kommt? Ich hatte das schon vorhin angedeutet: Das ist ganz wesentlich in der Verantwortung des Bundes. Das ist gesetzlich so geregelt. Wir sind jetzt in der ersten von drei Stufen. Wenn es zu einer Gasmangellage kommt, die vom Markt nicht mehr gehandhabt werden kann, wenn die Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums mit der Bundesnetzagentur dazu kommt, dann greift die dritte Stufe, und die bedeutet, dass es zu einer Kontingentierung kommt, auf die das Land Berlin aber gar keinen Einfluss hat, sondern die ausschließlich von der Bundesnetzagentur vorgenommen wird. Hier gibt es dann wieder gewisse Priorisierungen, vor allem, ich glaube, das ist das Wichtigste, für die Menschen in der Stadt oder in Deutschland, dass eine ganz klare Priorisierung bei den Haushalten und bei der kritischen Infrastruktur liegt. Das ist gesetzlich so geregelt. Die Aufgabe der Bundesnetzagentur ist, und daran arbeitet sie seit mehreren Wochen sehr intensiv und hat auch kräftig Personal aufgestockt, sich darauf vorzubereiten, in unterschiedlichen Szenarien Kontingentierungen vornehmen zu können. Insofern gibt es vom Berliner Senat keine Aktivitäten, um eine Kontingentierung vorzunehmen, weil es schlichtweg gar nicht in der Verantwortung des Berliner Senats liegt. Es gibt auch keine Einzelabfragen bei den Unternehmen. Das macht die Bundesnetzagentur jetzt gerade, und ich glaube, wir werden uns einig sein, dass Doppelabfragen bei Unternehmen nicht so sinnvoll sind, denn in der Regel, wenn dieselben Informationen abgefragt werden, freuen sich Unternehmen, wenn sie ein bisschen von Bürokratie entlastet werden. Es gibt diese Abfrage jetzt. Was es nicht gibt, und das ist eine der zurzeit am meisten gestellten Fragen: Es gibt keine Reihenfolge, die uns die Bundesnetzagentur nennt, was die Abschaltungen anbelangt. Es gibt Tausende von Nachfragen von Unternehmen bei der Bundesnetzagentur, wo sie denn in einer Reihenfolge stehen würden. Ich glaube, es ist nachvollziehbar, dass die Bundesnetzagentur dazu zurzeit gar keine Antwort geben kann, weil es abhängig ist von den Szenarien, die dann eintreten werden. Auch uns gegenüber kommuniziert die Bundesnetzagentur eine etwaige Priorisierung von Unternehmen nicht.

Was die Unterstützung der Unternehmen anbelangt: Wir sind in einem dynamischen Prozess. Auch das ist abhängig von der Art und Weise, wie die Wirtschaft betroffen ist. Das kann momentan keiner genau sagen, denn selbst die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von sehr unterschiedlichen Zahlen aus, was die Betroffenheit anbelangt. Das ist sehr schwer zu sagen,

weil es ein dynamischer Prozess ist. Nehmen wir zum Beispiel die Frage der Gasfüllmengen. Die war vor zwei Wochen deutlich geringer als jetzt. Jetzt sind sie höher. Die Gasfüllstände bewegen sich per heute oder per gestern bei ca. 33 Prozent. Die waren vor Kurzem noch bei 25, 26 Prozent. Wir bewegen uns jetzt, verglichen mit dem Jahr 2021, auf einem höheren Niveau, wenn wir das mit dem Frühjahr 2021 vergleichen. Also, das ist ein dynamischer Prozess. Dazu tragen einige Maßnahmen bei. Es wird auch davon abhängig sein, inwiefern und wie schnell man alternative Energiequellen beschaffen kann. Beim Gas kennen Sie diese Diskussion, was die Floating Terminals für LNG in Wilhelmshaven anbelangt, aber auch an anderen Orten. Insofern ist das ein sehr dynamischer Prozess. Wie werden das genauso, wie wir das bei den Coronahilfen gemacht haben, was am Anfang, wir erinnern uns, auch ein sehr dynamischer und schwer vorhersehbarer Prozess war, machen. Wir werden das morgen mit dem Bundeswirtschaftsminister und den Länderministern besprechen. Ich bin mir sicher, dass die Qualität der Unterstützung, wenn einzelne Branchen notleidend werden, in einer Situation, die sie selbst nicht verantworten können – Nicht nur der Bund, sondern auch das Land Berlin werden dann passgenaue Lösungen finden.

Wir werden allerdings, und das will ich hier auch ganz klar sagen, nicht eine Kompensation für jede Energiepreiserhöhung schaffen können. Das wäre auch marktwirtschaftlich falsch, weil wir dann die notwendigen Preissignale nivellieren würden, und das würde dazu führen, dass genau das nicht passiert, was wir uns wünschen, dass wir Anreize für Energieeinsparungen setzen. Insofern muss das sehr genau austariert werden und nicht mit der Gießkanne, sondern wirklich nur dort eher im Sinne von Bürgschaften oder auch Liquiditätsunterstützung, wenn Unternehmen schnell in eine schwierige Lage kommen. Ich vertraue hier auch darauf, dass das passiert, was wir in der Berliner Wirtschaft während Corona erlebt haben, dass die Unternehmen flexibel für die neue Situation auch unternehmerische Antworten finden. Das wird nicht alles nur der Staat richten können, sondern die Pandemie hat gezeigt, dass sich die Berliner Wirtschaft als überaus resilient erwiesen hat. Aber wir werden auch mit Unterstützungsmaßnahmen, wenn es notwendig ist, unter die Arme greifen.

Herr Stroedter! Das Thema Embargo steht im Raum. Sie haben gefragt, wie vorsichtig man damit umgehen sollte. Ich würde sagen, supervorsichtig, weil eine plötzliche Einstellung von Gaslieferungen erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft haben wird. Herr Greif! Da reden wir jetzt nicht nur von den direkt betroffenen Unternehmen wie Ihrem – das kann ich total nachvollziehen, ich weiß, dass Wäschereien sehr energieintensiv sind –, sondern es hat natürlich durch die Kaskadeneffekte Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft. Das ist vielleicht auch noch eine Antwort auf Ihre Frage: Wir sind vielen Branchen im Gespräch. Wir haben einen regelmäßigen Austausch, um herauszufinden, wie die Betroffenheit ist. Sie ist zum Beispiel auch in der chemischen Industrie sehr stark, weil die sehr energieintensiv ist. Die ist in der Metall- und Elektroindustrie stark, weil hier auch Gas ein wichtiger Energieträger ist. Wir haben morgen wieder ein Branchentreffen, wo wir uns austauschen, die neue Situation bewerten und auch die Verbände über die Mechanismen informieren, die dann greifen werden.

Dann war die Frage nach der Rolle des Stadtwerkes. Herr Stroedter! Ich glaube, es ist heute deutlich geworden, dass die Stadtwerke eine strategisch wichtige Rolle bei Fragen um die Energiewende herum spielen können, insbesondere – ich habe mir das in der letzten oder vorletzten Woche, vorletzte Woche war das, glaube ich, von Frau Dr. Busch erläutern lassen können – weil die Stadtwerke nicht nur als eigener Produzent auftreten, insbesondere in Be-

zug auf Wind und Solar, sondern auch ein wichtiger Partner für all diejenigen sind, die selbst als Player im Markt die Energiewende aktiv mitgestalten wollen.

Herr Gräff! Zu den Unterlagen vom Bundeswirtschaftsminister: Wir haben gestern keine bekommen. Wir waren auch vorher nicht informiert. Ich glaube, es ist auch ein bisschen relativiert. Wir werden morgen bei der Wirtschaftsministerkonferenz sicherlich noch einiges mehr erfahren. So wie Sie es jetzt gerade dargestellt haben, nach dem Motto: Wir können ganz schnell auf Energieimporte aus Russland verzichten, habe ich es nicht verstanden, was gestern kommuniziert worden ist, sondern es bezog sich auf Öl, und dann wurde der Bereich PCK Schwedt noch mal gesondert behandelt und gesagt: Da haben wir zurzeit keine Optionen. – Das werde ich wahrscheinlich morgen etwas genauer erfahren. Es war der Wunsch von Ihnen, den Sie geäußert haben, Herr Gräff, sich mit Brandenburg eng abzustimmen: Da bin ich mit meinem Kollegen Steinbach, gerade in Bezug auf Schwedt, die Folgen und auch die Alternativen, die wir zu Schwedt haben, im sehr engen Austausch, auch was die Betroffenheit angeht, zum Beispiel den BER. Das hatte ich vorhin kurz gesagt. Da ist schon die Abhängigkeit reduziert worden, und das geht jetzt auch weiter. Da findet ein sehr enger Austausch statt, und der ist auch wichtig, übrigens nicht nur kurzfristig und aktuell, sondern auch bei all den energiestrategischen Fragestellungen. Wir hatten am Montag eine gemeinsame Sitzung bei uns im Haus mit dem Minister Steinbach und seinem Staatssekretär, wo wir uns ganz wesentlich auch über Energiefragen ausgetauscht haben und – etwas Schönes – ein gemeinsames Projekt, das freut mich immer besonders, mit Brandenburg unsere gemeinsame Wasserstoffplattform, unseren Wasserstoffmarktplatz, in einer Onlinekonferenz ins Leben gerufen haben. Das sind wichtige Zeichen, denn man darf nicht vergessen, dass Berlin keine Energieinsel ist, sondern wir sind ganz stark auf eine gute gemeinsame strategische und operative Zusammenarbeit mit Brandenburg angewiesen. Da laufen der Dialog und auch gemeinsame Projekte, wie wir gesehen haben, sehr gut.

Auf die Kontingentierung bin ich eingegangen, auf die Betroffenheit auch. Es deutlich geworden, dass doch einige Branchen sehr betroffen sind, aber wenn es denn wirklich eintritt, wird es kaum eine Branche geben, die nicht von Umsatzeinbrüchen betroffen sein wird. Insofern komme ich noch mal auf die Frage von Herrn Stroedter zurück. Wenn es irgendwie vermeidbar ist, sollten wir alles dafür tun, jedenfalls kurzfristig, ein Embargo oder die Einstellung von Gaslieferungen aus Russland zu verhindern.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Senator, für Ihre Beantwortung! – Dann mache ich mit den Anzuhörenden weiter, und Frau Dr. Busch, Sie beginnen wieder. – Bitte sehr!

Dr.-Ing. Kerstin Busch (Berliner Stadtwerke): Vielen Dank! – Ich antworte in der Reihenfolge der Fragenden und würde mit Herrn Wolf starten. Zu Ihren drei Fragen: Wir haben installierte Leistungen im Bereich Wind im Mai von 68 MW, und bei PV haben wir aktuell 20 MW auf den Dächern Berlins installiert. Das bedeutet, dass wir in der Tat ungefähr 50 000 bis 60 000 Haushalte damit direkt versorgen können, sprich bilanziell erhalten unsere 33 200 Kunden, die wir im Moment im Bestand haben, tatsächlich lokal erzeugten Ökostrom, denn der Strom sucht sich bekannterweise so wie Wasser den kürzesten Weg und fließt nicht nach Hamburg oder sonst wohin, wo andere Ökostromanbieter ihren Strom beziehen. Wenn sich jemand bei anderen Konkurrenten anmeldet – LichtBlick, Naturstrom, EWS, ich will sie nicht alle aufzählen –, dann ist das nicht in Berlin produzierter Strom – das ist das, was Herr

Taschner meinte, und das ist auch gleich die Antwort, die kann ich schon vorwegnehmen –, sondern bilanziell lokal erzeugter Strom. Sie hatten auch gefragt, ob erneuerbare Energie preisdämpfend wirkt. In Bezug, das hatte ich eingangs erwähnt, auf die CO₂-Zertifikate definitiv. Je mehr CO₂-freier Strom im Netz ist, desto geringer sind die CO₂-Preise für die Zertifikate.

Dann hatten Sie hinsichtlich der Neu- und Bestandskunden gefragt, warum wir bei Bestandskunden erhöhen mussten, wenn wir doch vorgesorgt haben. Ein Bestandskunde ist ein Standardlastprofilkunde, und Standardlastprofile kann man nur in einem gewissen Standard vorhersagen. Alles, was darüber hinausgeht, muss natürlich tagesaktuell an den Börsen beschafft werden. Wenn jetzt die Restmengen so teuer werden, wie sie werden, weil sie so stark angestiegen sind, beeinflusst das leider auch die Bestandskunden, weil man nicht zu 100 Prozent genau auf den Punkt einkaufen kann.

Bei den Neukunden sind aktuell ungefähr 5 000 mehr gekommen, als wir geplant hatten. Wir hatten die Anzahl für dieses Jahr geplant, aber nicht, dass alle in den ersten Wochen kommen. Das hatte den Effekt von Pleiten und Insolvenzen anderer. Die sind dann halt zu uns gekommen, sodass wir viel mehr Neukunden in kürzerer Zeit bekommen haben, die wir natürlich nicht so geplant hatten. Wir hatten eine ganz normale Verteilung von Neukunden geplant. Deswegen sind die Neukunden im Tarif etwas höher angesetzt worden als die Bestandskunden, weil wir da mehr Strom von der Börse direkt beziehen mussten.

Dann hatten Sie das Preisvergleichsportal erwähnt. Wir sind dort bewusst nicht präsent. Wir hatten uns von Anfang an, seit Gründung der Stadtwerke, entschieden, dass wir nachhaltige Kunden anwerben wollen und nicht so einen Preiskundenkampf mitmachen wollen mit Boni etc., sondern wir wollen mit unserem Produkt, lokal, hier mit den Anlagen, erzeugter Strom, unsere Kunden überzeugen, und deswegen sind wir dort nicht verortet.

Jetzt würde ich zu Herrn Taschner übergehen. Eine Frage von Ihnen hatte ich gerade schon erwähnt oder mitbeantwortet, die nach der Ökostromqualität, dass wir eigene Investitionen in diesen Bereichen tätigen und nicht nur Wind und PV, sondern auch Quartiersentwicklung, das habe ich ganz vergessen zu erwähnen, wo wir sehr dezentral Energie erzeugen, zum Beispiel Wärme aus Abwasser als Thema.

Mieterstrom ist per Definition, per Gesetz, schon immer günstiger. Das Energiewirtschaftsgesetz oder das KWK, ich weiß gar nicht genau, wo es steht, sagt: Mieterstromkunden, sofern man den Zuschlag erhalten möchte, sind immer 10 Prozent unter dem Grundversorgungstarif anzusetzen. – Insofern hat der Verbraucher da immer schon diesen reduzierten Preis. Lokal ist es aktuell umso interessanter, weil der PV-Strom vom Dach ungefähr 30 bis 40 Prozent ausmachen kann, je nach Jahresverlauf. Das ist im Sommer sogar teilweise viel höher als diese 30 Prozent, aber im Durchschnitt, über das Jahr gesehen, haben Sie diese 30 Prozent Eigenversorgung auf dem Dach und haben deswegen natürlich einen geringeren Anteil an Reststrom, den Sie aus dem Netz ziehen müssen. Wir haben die Preise für Mieterstromkunden nicht angepasst.

Das Mahnverfahren, wonach Sie gefragt haben, ist bei uns ein dreistufiger Prozess. Wir haben tatsächlich, weil Sie auch nach bilingualen Ansprachen fragten, was wir etabliert haben – – Beim Vorhandensein von Kontakten ist es bei uns Usus, bei all den Mahnverfahren, die wir

einleiten, zu versuchen, anzurufen oder in Kontakt zu treten, um eine gewisse Schutzbedürftigkeit oder eine Härtefallproblematik überhaupt zu erkennen, das wissen wir ja gar nicht, um dann im Gespräch mit den Kunden zu erfahren, ob man zum Beispiel Stundungen erreichen kann oder, was wir auch tun, Ratenzahlungen zu vereinbaren, und das im bilateralen Austausch. Das ist wirklich ein Prozess, den wir immer versuchen, als Allererstes anzugehen, sofern wir wirklich Daten haben, die wir verwenden können. Ansonsten, das hatte ich gesagt, dauert das Verfahren über 70 Tage. Ich kann Ihnen den Prozess gern mal zukommen lassen, wenn es Sie im Detail interessiert, weil auch bestimmte Wertgrenzen definiert sind usw.

Herr Dr. King! Sie hatten mich gefragt, ob die Berliner Stadtwerke auch zu den Energieforen eingeladen werden. Ja, das werden wir, und ich war persönlich schon in einem dieser Foren. Wenn ich kann, mache ich das, aber ich muss sagen, inzwischen nehmen auch ab und an meine Fachkollegen an diesen Foren teil und informieren mich im Anschluss über die Ergebnisse. Sofern es die Zeit erlaubt, gehe ich gern selbst hin.

Als letzten Fragenden, Herr Trefzer von der AfD! Sie hatten mich gefragt, ob wir nicht die Abschlagszahlungen schon mal prophylaktisch erhöhen sollten, ob das bereits jetzt eine gute Idee ist. Zum einen haben wir für die Bestandskunden – Die Preisänderung haben wir zum 1. Januar dieses Jahres durchgeführt. Sie haben sowieso bis zum 1. Januar 2023 eine Preissicherung und einige Kunden, die das abgeschlossen haben, sogar noch ein Jahr länger, 24 Monate Preisbindung. Da würden wir den Abschlag überhaupt nicht anpassen wollen. Es gibt zwei Argumente, die grundsätzlich dagegensprechen, so etwas jetzt durchzuführen, weil wir das Verbrauchsverhalten noch gar nicht genau kennen. Wir wissen und merken jetzt, dass die Haushaltskunden sensibilisiert sind und auch lernen. Es gibt überall Tipps, wie man seinen Energieverbrauch reduzieren kann, ob es beim Kochen, beim Warmwasser oder sonst wo ist. Insofern wissen wir gar nicht, ob auch das einen Effekt bezüglich der Menge hat, die unsere Kunden demnächst verbrauchen. Das Zweite ist, was ich schon sagte: Wir können die Preise überhaupt nicht vorhersehen. In welche Richtung sollen wir den Tarifabschlag machen? Ist es wirklich nur nach oben, oder finden wir im Ukrainekrieg sehr schnell eine Lösung, weil irgendwelche Verhandlungen doch erfolgreich sind? Wenn das im Jahresmittel passiert, können wir dann wiederum davon ausgehen, dass wir andere Einkaufspreise sehen. Ich bin im Moment nicht in der Lage zu sagen, wohin der Abschlag dann geht. Deswegen würde ich davon absehen, weil es auch immer sehr aufwendig ist, Preisänderungsmitteilungen an die Kunden zu versenden.

Dann hatten Sie mich noch bezüglich der Atomkraftwerke gefragt, ob man diese länger laufen lassen sollte. Da muss ich sagen, wir bei den Stadtwerken sind per Satzung ein 100 Prozent erneuerbares Unternehmen. Deswegen ist das eine Frage, die für mich sehr diffizil zu beantworten ist. Ich kann vielleicht Herrn Habeck zitieren. Er sagte zumindest, dass jedes nicht verbrauchte Gasmolekül hilft, die Angebotsseite zu entlasten. Insofern würden wahrscheinlich auch die AKW darunter zählen, die bekanntermaßen auch CO₂-neutral produzieren. Ich möchte hier aber keine Position vertreten, dass ich das unterstütze. Ich kann das auch nicht bewerten. Ich bin gar nicht Fachfrau genug, um hier über Atomkraftwerke, Pro und Contra, zu diskutieren, aber ich glaube, das ist eine strategische Entscheidung, die dann vom Bundeswirtschaftsministerium getroffen wird, und wenn ich es richtig verstanden habe, gab es dort schon eine Bewertung, die vorgenommen wurde, die das eher negativ gesehen hat. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass es bei mir nicht an der richtigen Adresse ist. – Ich glaube, damit habe ich sämtliche Fragen, die an mich gerichtet waren, beantwortet und bedanke mich.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Dr. Busch! – Dann Frau Elß zur Beantwortung!

Dörte Elß (Verbraucherzentrale Berlin): Vielen Dank für Ihre vielen Fragen! Ich hoffe, ich habe sie alle aufgeschrieben, und versuche, sie auch alle zu beantworten. Falls ich jemanden vergesse, bitte melden. Das ist keine Absicht, sondern vielleicht etwas untergegangen.

Frau Lüdke! Sie hatten am Anfang gefragt, wie unsere Energieschuldenberatung finanziert ist. Erst mal herzlichen Dank, dass wir diese Energieschuldenberatung haben! Es freut mich wirklich sehr, dass wir an dieser Stelle den Energieschuldnern, den Menschen, die von Energieschulden und Energiesperren bedroht sind, helfen können. Seit 2018 haben wir diese Förderung. Wir sind auch schon einmal aufgestockt worden. Mittlerweile sind es vier Kolleginnen, es sind Damen, in Teilzeit, die zusammen drei Vollzeitstellen ausmachen und die dort die Beratung durchführen.

Es ist ein bisschen unglücklich, dass ich an der Stelle gleich ein bisschen anfangen zu jammern, aber wenn man mich nach einer Förderung fragt, dann muss ich das auch beantworten. Wir sind als Projekt finanziert. Wie gesagt, wir freuen uns sehr, dass wir dieses Projekt haben, aber jeder kennt das: Ein Projekt hat in der Regel einen Anfang und ein Ende. Das ist immer schwierig. Das bedeutet für uns, die Kolleginnen, die dort arbeiten, sind mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen unterwegs und warten immer darauf, dass wir die nächste Förderung und das nächste Projekt bekommen. Deshalb habe ich mit Begeisterung im Koalitionsvertrag gelesen, dass da etwas von Verstetigung der Energieschuldenberatung steht. Die, die mich ein bisschen länger kennen, schmunzeln jetzt. Aber das ist etwas, was ich immer gern – Es ist blöd, wenn man es an der allerersten Stelle macht, aber wenn ich an erster Stelle gefragt werde, muss ich jetzt auch gleich mal anbringen, dass es wirklich ein großer Wunsch von uns ist, dass es da eine Verstetigung geben wird, soll, kann, darf, möglichst schnell, sodass wir den Kolleginnen, die wirklich großartige Arbeit leisten – Sie merken es gerade alle, die werden gefragt denn je werden –, eine Planungssicherheit geben können, dass sie dann wissen: Im nächsten Jahr arbeite ich auch noch bei der Verbraucherzentrale und kann die wichtige Arbeit durchführen. – Das zu unserer Finanzierung.

Sie hatten die Energieschuldenberatung erwähnt. Ich versuche mal, unser Beratungspaket darzustellen, denn ich freue mich sehr – –

Vorsitzender Jörg Stroedter: Frau Elß! Ich müsste Sie leider jetzt unterbrechen, obwohl mir das unangenehm ist, aber wir müssten die Sitzung für eine Viertelstunde für die Lüftungspause, ich hatte es zu Beginn gesagt, unterbrechen.

Dörte Elß (Verbraucherzentrale Berlin): Okay! Ich mache dann dort weiter.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich fange gleich danach wieder mit Ihnen an, versprochen! Es ist jetzt 16 Uhr. Bitte alle um 16.15 Uhr wieder in den Raum reinkommen, aber jetzt bitte alle, wie immer, den Raum verlassen! – Danke!

[Lüftungspause von 16.00 bis 16.18 Uhr]

Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir fahren mit der Sitzung fort. Wir sind jetzt schon etwas über der Zeit. Sie sehen gleich mein nächstes Problem, Frau Elß, es geht danach immer nicht so pünktlich los, obwohl man es dreimal sagt. Es fehlt das Klingeln wie in der Schule. – Ich bitte noch mal um Entschuldigung, dass ich Sie unterbrochen habe. Jetzt haben Sie das Wort. – Bitte sehr!

Dörte Elß (Verbraucherzentrale Berlin): Ja, tut mir leid. Beim nächsten Mal gucke ich mehr auf die Uhr. Dann weiß ich auch, worum es geht. – Ich glaube, meinen Wunsch nach einer Verstetigung der Energieschuldenberatung haben alle vernommen. Ich will dort anknüpfen, wo ich aufgehört habe. Ich wollte noch mal unseren Dreiklang beschreiben, den wir in dieser Situation für die Verbraucherinnen und Verbraucher anbieten können, und zwar nicht nur die Energieschuldenberatung, die, wie gesagt, ein ganz wunderbares Projekt ist, das wir haben. Im Augenblick ist aber auch unsere Kollegin aus der Energierechtsberatung sehr gefragt. Ich habe auch beide Kolleginnen dabei. Das sind die unterstützenden Personen, die vorhin genannt wurden. Ich hätte sie gerne mit hierher gebracht – das darf nicht sein, wir dürfen hier nur zu zweit sein, Frau Busch und ich –, Frau Dünder, unsere Juristin, die die Energierechtsberatung durchführt, und Frau Grauel, die Leiterin unseres Projekts Energieschuldenberatung. Frau Dünder führt, wie gesagt, die Beratung durch. Sie ist im Moment mit die gefragteste Person bei uns im Hause, weil es unendlich viele Menschen gibt, die rechtliche Probleme haben. Dort können wir helfen.

Wir haben noch ein drittes Standbein, unsere sogenannte Energiesparberatung. Das haben wir gerade noch gar nicht erwähnt. Da kommen alle vorbei, nicht nur die, die aufgrund der Preise ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können, sondern auch all diejenigen, die jetzt stöhnen und sagen: Ich kann es finanzieren, aber es ist nicht schön. Was kann ich tun, um ein bisschen zum einen das Klima, aber auch das Portemonnaie zu schonen? – Da ist man bei unserer Energiesparberatung richtig. Man kann dort Fragen bis hin zum energetischen Sanieren, Heizungsbau, aber auch dazu, wo die kleinen Stromfresser im Haus sind, stellen.

Ich gehe gleich zur zweiten Frage über. Sie, Frau Lüdke, hatten gefragt, wie wir mit der Beratungsnachfrage umgehen. Bei der Energiesparberatung sind wir jetzt an unseren Grenzen angekommen. Es ist ein Projekt, das über das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert ist. Wir arbeiten dort mit selbstständigen Energieberatern zusammen. Es ist ein bundesweites Projekt. Sie können sich vorstellen, dass Energieberater im Augenblick sehr gefragt sind. Wir können die normalen Beratungsanfragen abdecken, aber wir haben gerade einen Aufnahmestopp, weil wir tatsächlich nicht mehr hinterherkommen, weil die Nachfrage dort gerade so groß ist.

Zur Energierechtsberatung: Ich hatte gesagt, dass wir Beratungen anbieten. Dort, wo wir nicht mehr alle mit der Einzelberatung erwischen können, führen wir auch Webseminare durch. Es sind bis zu 50 Teilnehmer dabei. Es gibt Handouts, die den Teilnehmern hinterher zugeschickt werden. Wir haben Musterbriefe auf unserer Seite, und wir haben Informationsmaterialien auf unserer Homepage.

Bei der Energieschuldenberatung versuchen wir, weiterzugehen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu schulen und auch Vorträge zu halten, um möglichst viele erreichen zu können. Wir schulen uns auch untereinander. Die Kolleginnen aus der Energierechtsberatung und der

Energieschuldenberatung – das sind Sozialarbeiterinnen, die dort tätig sind – und die Rechtsberaterin, die Juristin, schult auch die Kolleginnen aus der Schuldnerberatung, sodass wir nicht immer von einem zum anderen verweisen müssen, sondern dass man eine Information kompakt an einer Stelle bekommt.

Es wurde nach Preisbeispielen gefragt. Preisbeispiele haben wir im Augenblick von den Menschen, denen der Vertrag gekündigt worden ist und die sich einen neuen Anbieter suchen mussten. Ich habe bei den beiden Kolleginnen nach Beispielen gefragt. Das eine Beispiel kam von der Kollegin aus der Energieschuldenberatung. Sie sagte, eine Frau, eine junge alleinerziehende Mutter in Teilzeitbeschäftigung, hat einen günstigen Energieversorger mit 5 Cent im Vertrag, wie sie meinte. Sie zahlt im Jahr 1 900 Euro. Der Vertrag wird beendet. Sie fällt kurz in die Ersatzversorgung, sucht sich aber einen neuen Vertrag und zahlt jetzt für das ganze Jahr 4 500 Euro. Das ist jetzt mal ein Beispiel, wo es noch glatt gelaufen ist. Also 1 900 Euro, vorher waren es 5 Cent, dann kurzfristig in der Ersatzversorgung noch teurer, jetzt in einem Sondervertrag mit 12 Cent und ein paar Zerquetschten. Dies als ein Beispiel. Es sind 2 600 Euro im Jahr mehr, im Monat mehr als 200 Euro mehr. Das ist etwas, bei dem sich für jemanden, alleinerziehend und teilzeitbeschäftigt, die Frage stellt, wie man das noch finanziert.

Gerade auf dem Weg hierher habe ich von meiner Kollegin aus der Rechtsberatung einen Fall zugeschickt bekommen, zu dem sie meinte, es ist unglaublich, wie sich das Ganze steigern kann. Es war auch jemand, dem der Vertrag beendet wurde. Die betreffende Person ist automatisch in die Ersatzversorgung hier in Berlin bei der GASAG gefallen. Erst dachte sie, sie bleibt da, ist aber nicht schnell genug rausgekommen. Es dauert in der Regel auch einen Monat, bis man rauskommen kann. Sie bekam dann erst mal einen Abschlag von 128 Euro im Monat. Ihr wurde gesagt, die Endabrechnung kommt dann nach drei Monaten, wenn die Ersatzversorgung beendet ist. Sie hat sich dann trotzdem gekümmert und ist in einen normalen, anderen Tarif gewechselt. Sie hat dann eine Schlussrechnung von der GASAG für die Zeit vom 3. Dezember bis 4. Januar von sage und schreibe 1 242 Euro bekommen. An der Stelle schluckt man. 128 Euro waren vorher der Abschlag. Das Problem war, sie hat, als sie dann von der Ersatzversorgung in den nächsten Tarif gewechselt ist, ihren Zähler abgelesen, aber, als ihr Vertrag eingestellt worden ist, hat sie das nicht getan. Ich habe vorhin beim Thema „Verbraucher aufklären“ gesagt: Lest euren Zähler ab! Übernehmt die Kontrolle! – Es ist wirklich etwas ganz Wichtiges im Augenblick, den Zähler abzulesen. Sie ist rückwirkend geschätzt worden. Wir haben uns dann eingeschaltet, nach dem Motto, so hoch konnte der Verbrauch nicht sein. Der Netzbetreiber hat dann noch mal korrigiert, es waren dann noch 417 Euro. Das ist aber für einen Monat immer noch eine ganze Menge. Wenn sie nichts gemacht hätte, hätte sie aber wirklich 1 242 Euro für einen Monat in Rechnung gestellt bekommen. Ich habe noch eine ganze Menge anderer Beispiele. So haben Sie einmal eine Vorstellung davon, wie es die Verbraucherinnen und Verbraucher im Augenblick trifft und welche Auswirkungen es auch noch für all die, die jetzt nicht durch den Anbieterwechsel damit konfrontiert sind, haben wird.

Herr Stroedter, Sie hatten mich gefragt, wie es mit den Energiesperren aussieht und ob die jetzt schon zugenommen haben. – Nein, bislang noch nicht. Das sagen meine Kolleginnen in der Beratung so. Sie führen das aber darauf zurück, dass alle Grundversorger noch damit beschäftigt sind, die Änderungen der Grundversorgungsverordnung vom 1. Dezember 2021 umzusetzen. Da hat sich immerhin einiges getan. Die Voraussetzungen für eine Energiesperre sind zum einen erhöht worden, und auch solche Sachen, die wir vorher versucht haben, im

Forum durchzukriegen, dass auch auf Hilfsangebote verwiesen werden soll, sind jetzt gesetzlich geregelt. Insofern müssen Prozesse umgestrickt werden, und das dauert. Man hat uns immer gesagt, wenn wir gefragt haben, warum das noch nicht umgesetzt ist, dass das dauert. Wir gehen davon aus, dass auch diese Umsetzung im Augenblick noch dauern wird. Aber es wird kommen. Das prophezeien die Kolleginnen auf jeden Fall schon.

Wir haben auch schon festgestellt – ich bringe es mal gerade hier an –, wie sich die Beratungsanfrage verändert. Bisher war es immer so: In 85 Prozent sind es Anfragen zu Strom und in 15 Prozent zu Gas gewesen. Im ersten Quartal hat sich die Quote beim Gas verdoppelt. Jetzt sind es schon 33 Prozent Fragen rund um das Thema Gas beziehungsweise Energieschuldner, die von Gaspreisen betroffen sind.

Einige hatten mich nach unseriösen Anbietern gefragt. Eigentlich müsste ich an dieser Stelle meiner Kollegin, Frau DüNDAR, die die Beratungen durchführt, das Wort geben. Sie hat neulich auf einer Mitarbeiterversammlung referiert. Sie findet dann kein Ende – sie hat auch schon in diesem Ausschuss gesessen und dort schon sehr viel gesagt, damals noch zur Energieschuldenberatung –, das ist ein ganz böses Thema. Es sind einerseits die Anbieter, die tatsächlich die Verträge einfach so beendet haben, im letzten Jahr schon. Manche sind in Insolvenz gegangen – okay, dann geht man in Insolvenz –, aber es gibt auch Anbieter, die einfach so gesagt haben: Wir stellen die Lieferung ein, und das möglichst noch rückwirkend. – Das geht nicht. Das ist unseriös, Sie hatten es schon gesagt, Herr King. Bei Stromio.de ist die Verbraucherzentrale Hessen mit einer Musterfeststellungsklage dabei, das überprüfen zu lassen und einer Vielzahl von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Sie hatten gefragt, ob wir auch so etwas planen. – Nein, bislang machen wir noch keine Musterfeststellungsklagen. Wir haben jetzt zwar gerade eine in Kooperation mit dem Bundesverband zu einem anderen Thema gemacht. Wir müssen erst mal gucken, dass wir zum einen personell, zum anderen finanziell ausgerüstet sind, um so etwas durchführen zu können. Denn das muss, je nachdem, wie viele sich dann melden, gehandelt werden. Aber wir stehen dem aufgeschlossen gegenüber. Wir können uns durchaus vorstellen, so etwas zu tun, müssten dafür bloß die Menschen haben.

Im Augenblick ist es so, dass wir die, die gerade wegen der unseriösen Anbieter zu uns kommen, beraten. Wir versuchen, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Das klappt nicht immer. Wir übernehmen aber auch die Rechtsvertretungen, sprich, wir schreiben die Anbieter an und versuchen so, wie ich gerade in dem einen Fall geschildert habe, den Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen und zum Beispiel auch in den Fällen, wo die Versorgung eingestellt worden ist, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Das muss natürlich gemacht werden. Ein Vertrag ist ein Vertrag, und der muss eingehalten werden. Der kann nicht gekündigt werden. Es wird auch vermutet, dass die Energiereserven vielleicht dann woanders günstiger oder teurer verkauft werden, wie auch immer.

Wir helfen durchaus weiter, bis hin dazu – das fällt jetzt nicht gerade in die Rubrik unseriöse Anbieter –, dass die GASAG auf einmal unterschiedliche Tarife für Alt- und Neukunden anbietet. Ob dies überhaupt zulässig ist, ist etwas, das sich unser Bundesverband vorgenommen hat, der jetzt gerade einen Aufruf an alle Betroffenen gestartet hat, die in die Grundversorgung gefallen sind und die sich dort melden können. Das sind die Instrumente, die wir haben, um gegen unseriöse Anbieter vorzugehen.

Im Augenblick sind es Anbieter wie – Stromio.de waren die, die gekündigt haben – Primastrom, Voxenergie, die die Menschen nicht aus ihren Verträgen rauslassen oder die Preise erhöhen, obwohl es eine Preisgarantie gibt. Frau Busch hat das ausgeführt. Es gibt eine Preisgarantie, und dann ist der Preis garantiert. Genauso muss man, wenn es Preiserhöhungen gibt, auf ein Sonderkündigungsrecht hinweisen. Auch das findet nicht statt. – Ich mache es mal kurz: Die Arbeit geht uns nicht aus. Wir würden auch gern an der Seriosität der Anbieter arbeiten. Wir tun unser Möglichstes, um die Verbraucher zu unterstützen, aber wir tun auch das gemeinsam, alle Verbraucherzentralen, der Bundesverband, um gegen unseriöse Anbieter vorzugehen.

Irgendwer hatte mich nach der Bundesnetzagentur gefragt. Wir schicken alle zur Bundesnetzagentur. Wir werden permanent bei der Bundesnetzagentur zu diesem unseriösen Gebaren vorstellig. Dann wird uns dort immer gesagt: So viele haben sich bei uns noch nicht gemeldet –, und deshalb sagen wir: Alle bitte bei der Bundesnetzagentur melden! –, um auch diese in die Pflicht zu nehmen. Wir haben mal das Landeskartellamt zu den unterschiedlichen Tarifen bei der GASAG angeschrieben. Wir sind rege unterwegs und gucken, was wir als Verbraucherschützer tun können.

Herr Taschner! Sie hatten mich gefragt, wenn der Anbieter einem gekündigt hat, wie dann der weitere Weg ist. Das Gute ist, das haben wir alle mitbekommen: Man steht nicht von heute auf morgen ohne Versorgung da, sondern man fällt in die Ersatzversorgung des Grundversorgers, der in unserem Fall nicht die Stadtwerke sind, sondern die GASAG ist, wenn es gerade um die Gaslieferung geht. In der Ersatzversorgung kann man drei Monate bleiben. Wenn man nichts weiter macht, kommt man in die Grundversorgung. Da gibt es die beiden unterschiedlichen Tarife, oder man kann in andere Tarife wechseln. Da muss man dann sehen, inwieweit Bonitätsprüfungen vorgeschaltet werden. Frau Busch hat gesagt, die Stadtwerke machen es zum Beispiel nicht. Es gibt mittlerweile auch schon einige Anbieter, die es in ihren AGB stehen haben, nach dem Motto: Wir erheben Ihre Daten. Sie können nicht in vier Jahren wieder zu uns zurückwechseln, wenn Sie einmal gewechselt sind. – Das wird unter Umständen auch noch mal schwer gemacht. Das ist das Prozedere, wie man wechseln könnte.

Ob die Verbraucher aufmerksamer geworden sind? – Ich würde es mir wünschen. Ich glaube, viele merken es wirklich jetzt erst, vielleicht durch die Berichterstattung in den Medien oder wenn sie selbst betroffen sind. Für ganz viele wird das Erwachen mit der Jahresabrechnung kommen. Manche denken vielleicht: Das trifft mich nicht – oder wie auch immer, oder: Ach ja, da kommt das Preiserhöhungsschreiben. – Ich kann nur jedem sagen, wenn so ein Preiserhöhungsschreiben kommt: Gucken, und im Zweifel von dem Sonderkündigungsrecht Gebrauch machen und überlegen, ob man den Anbieter wechseln kann. – Insofern würde ich mir wünschen, aufmerksame Verbraucher zu haben, und das war das, was ich am Ende gesagt habe, eine Öffentlichkeitskampagne, eine Informationskampagne starten, wirklich solche ganz einfachen Geschichten wie den Zähler ablesen. Ich habe das Beispiel gehabt. Wenn nicht abgelesen wird, wird geschätzt, und dann ist man auf einmal mit riesengroßen Summen dabei.

Sie haben nach unserer Quote gefragt, die Quote meiner vier Kolleginnen, die unterwegs und beratend tätig sind; ich tue immer so, als würde ich das tun. Sie haben mir wieder versichert, dass sie immer noch eine Quote von ca. 90 Prozent haben, wo sie Energiesperren vermeiden können, unter anderem dank der guten Kooperation, die es mittlerweile auf Landesebene gibt, Hotlines und Rückrufmöglichkeiten. Die Quote ist immer noch sehr gut, aber manchmal

kommen Menschen zu uns, wenn es schon sehr weit fortgeschritten ist und man einfach gar nicht mehr etwas tun kann.

Ich darf Wünsche äußern zum Runden Tisch, Verbesserungen: Der Runde Tisch ist eine gute Einrichtung. Wir sind froh, dass wir ihn haben, und wir sind froh, dass dort alle zusammen an einem Tisch sitzen. Da hat sich schon viel getan. Wir hatten zum Beispiel direkte Kontakte, auf die wir zurückgreifen können, wenn wir Probleme haben, und wir haben geguckt, dass alle anderen auch diese Kontakte und Ansprechpartner haben, nicht nur die Verbraucherzentrale exklusiv, sondern auch Jobcenter oder Schuldnerberatungsstellen, dass es dort Ansprechpartner gibt. Das sind schon mal gute Möglichkeiten, die sich da entwickelt haben. Es gibt unterschiedliche Arbeitsgruppen, die sich wirklich zusammengesetzt und überlegt haben, was sie tun können. Insofern ist das eine richtig gute Sache, dass sich auch alle kennen. Aber, jetzt kommt mein Aber, erstens ist alles, was dort besprochen wird, freiwillig. Die Projektleiterin moderiert das. Wir organisieren, wir machen die Protokolle und fragen immer nach, wie weit es denn im Umsetzungsprozess ist. – Es dauert. Niemand, auch nicht wir, kann zu irgendetwas gezwungen werden, und es kann auch keine Frist gesetzt werden: Macht mal bis dann und dann irgendwas fertig. – Es ist eine rein freiwillige Sache. Wir würden uns wünschen, dass man zum Beispiel freiwillige Selbstverpflichtungen oder was auch immer dort aussprechen könnte, um ein Stück weiter zu kommen.

Genauso würden wir uns wünschen: Vertreter/-innen der Senatsverwaltungen aus dem Hause Energie, aber auch von Soziales oder von Verbraucherschutz dabei sind, immerhin von drei Senatsverwaltungen, aber es ist niemand in diesem Gremium, der mal etwas entscheiden könnte. Wir würden uns eine Arbeitsebene wünschen, die regelmäßig dort vertreten ist und entweder Entscheidungen treffen oder sie im Hause weitergeben kann, dass tatsächlich eine Umsetzung erfolgt.

Wir stoßen, aber das kann keiner schnell ändern, immer an die Grenzen von Bezirk und Land oder wie jeder Bezirk etwas anders macht, wie jedes Jobcenter etwas anders macht. Ich habe jetzt auch keinen Vorschlag, wie man das machen kann, aber dass man sich zusammensetzt und guckt, wie man diese Bezirksgrenzen überwinden und zu einer einheitlichen Regelung für Berlin kommen kann.

Jetzt habe ich mir schon mal einiges gewünscht, aber, wie gesagt, es ist eine gute Sache, schon mal alle an einen Tisch bekommen zu haben, dass alle miteinander reden und damit alle ein Bewusstsein haben. Ich kann mich noch an die erste Veranstaltung erinnern, die wir im Abgeordnetenhaus gemacht haben. Da ging es um Energieschulden und Energiesperren, und da kam jemand von Vattenfall, vom Forderungsmanagement, wo man dann sieht, dass das eine ganz andere Sichtweise auf dieses Thema ist. Da wurden Forderungen geltend gemacht, und wir reden über Schulden und Energiesperren. Das ist das Gute: Man hat dann ein gemeinsames Verständnis geschaffen.

Härtefallfonds: Nein, ein Vorbild habe ich jetzt noch nicht, groß Gedanken gemacht haben wir uns auch noch nicht. An dieser Stelle könnte ich noch sagen, was ich gerade schmerzlich vermisse. Wir haben diese drei Beratungsmöglichkeiten. Die Kolleginnen sind voll damit beschäftigt, das zu tun, was sie gerade tun und beraten. Wir haben bei uns im Haus niemanden, zum Beispiel einen Energiereferenten, der sich gerade mit dem ganzen politischen Geschehen beschäftigen würde oder den man mal auf solche Themen gut ansetzen könnte. Ein Vorbild

habe ich nicht, muss ich gestehen. Da habe ich eigentlich erwartungsvoll die Koalition angeguckt, die das so schön in den Koalitionsvertrag geschrieben hat. Morgen treffe ich meine Kollegin aus Bremen. Wir sind immer im Austausch. Energieschuldenberatungen haben leider nicht alle Verbraucherzentralen. Rheinland-Pfalz, NRW, Bremen – da sind wir auch im regelmäßigen Austausch. Ich werde es als Hausaufgabe mitnehmen, morgen meine Kollegin zu befragen, wie es mit dem Härtefallfonds in Bremen aussieht, welche Erfahrungen sie dort haben. Ich nehme das als Hausaufgabe mit. Wenn wir dort etwas bewirken und beschleunigen können, sind wir gern mit dabei, aber einen Plan oder ein Vorbild haben wir noch nicht.

Herr King! Jetzt komme ich zu Ihnen. Ich habe schon ganz viel beantwortet, aber ich gucke mal, was ich noch habe. Die Fragen nach dem Fachforum und den Wünschen habe ich schon beantwortet, Härtefallfonds und unseriöse Anbieter auch. Ich glaube, ich es möchte keiner, dass ich noch mehr dazu sage.

Welche Menschen kommen zu uns? – [Zuruf: Bunt!] – Ja, es ist wirklich bunt. Ich möchte noch sagen, weil häufig gesagt wird, das sind die, die sowieso immer Schulden haben: Ja, manchmal sind es Schuldner, die auch viele andere Schulden haben, aber nicht unbedingt, wie zum Beispiel gerade die Situation zeigt, also Menschen, die bisher ausgekommen sind. Ich nehme immer dieses Beispiel von der jungen Mutter, die alles selbst gestemmt hat, aber woher sollen 200 Euro mehr im Monat kommen? – Vorher war es das Thema Nachzahlungen, jahrelange Schätzungen gewesen. Wir haben viele, die aufgrund von Nachzahlungen in solch eine Bredouille gekommen sind, wo sie sagen, meine monatlichen Abschläge kann ich zahlen, aber diese Riesennachzahlung, die durch mehrere Jahre Schätzung entstanden ist, kann ich nicht zahlen. Das würde ich noch als Besonderheit sagen. Es sind wirklich Menschen, die vielfältige Schulden haben, aber es sind durchaus auch Menschen, die wirklich nur diese eine Position, die Energieschulden, mit sich herumtragen und denen eine Energiesperre ins Haus steht. Ansonsten ist es genau, wie Sie sagten, bunt. Es sind Menschen, die Sozialleistungen empfangen. Es sind Menschen mit kleinem und geringem Einkommen, bei denen es gerade so geht. Es sind Rentner, die zu uns zur Beratung kommen. Es ist eine große Vielfalt, wie Berlin sie bietet.

Wünsche an das Fachforum hatte ich schon genannt. Die Fragen nach den Stadtwerken hatte Frau Busch beantwortet. Habe ich jemanden vergessen? Ich gucke noch einmal in die Runde, ob ich jemanden vergessen habe. – Okay! Dann habe ich die vielen Fragen beantwortet und bedanke mich herzlich für die Fragen und auch für die Gelegenheit, an dieser Stelle mehr als fünf bis sieben Minuten reden zu dürfen!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Elß, für die Beantwortung! – Herr Greif! Dann hätten Sie das Wort für Ihre Beantwortung. – Bitte sehr!

Martin Greif (Greif Holding) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich gehe als mal auf die Frage von Herrn Taschner nach unserer Nachhaltigkeitsstrategie ein. Definitiv, wir haben eine Nachhaltigkeitsstrategie. Wir haben auch einen Fahrplan. Wir haben eine Roadmap. Wir sind Unterstützer beim UN Global Compact. Wir messen seit 2015 unsere komplette Wertschöpfung anhand des CO₂-Fußabdrucks nach Scope 1, 2 und 3. Wie bereits vorhin erwähnt, nehmen wir an der Science-Based-Targets-Initiative teil, die an das Pariser Klimaabkommen gekoppelt ist. Das heißt, dieses 1,5-Grad-Ziel wird heruntergebrochen auf die Welt, auf Deutschland, dann auf unsere Branche und auch unser Unternehmen, sodass

sich daraus unser 38-Prozent-CO₂-Einsparungsziel auf Basis von 2017 bis 2025 ergeben hat. Wie Sie schon sehen, ist das nicht nur eine Floskel, sondern wir sind wirklich aktiv dabei.

Welche Maßnahmen machen wir? – Wir wollen diese Einsparung generieren. Eine der ersten Maßnahmen, die wahrscheinlich jeder bei diesem Thema machen würde, ist: Wir haben sofort eine Umstellung auf Grünstrom vorgenommen, auf echten Grünstrom, darauf möchte ich Wert legen, eine direkte Kopplung an ein Wasserkraftwerk. Dann haben wir Energieoptimierungen in den Betrieben, neuartige, energieeffiziente Waschverfahren. Wir haben Wärmerückgewinnungssysteme in unseren Betrieben. Wir arbeiten zum Teil mit Niedrigtemperaturverfahren, um weniger Energie zu verbrauchen. Wir haben auch neuartige Energieeinsparungstechniken, die Sie bei uns in unserem Betrieb in Berlin-Hohenschönhausen besichtigen können. Sie sind alle sehr herzlich dazu eingeladen! Wir haben natürlich einen Fokus, der in Richtung E-Mobilität geht. Wir wollen unsere Flotte mittelfristig umstellen, aber das ist natürlich auch immer eine Frage der Verfügbarkeit, die ich vorhin schon erwähnt habe, und auch der Förderung von diesen Fahrzeugen. Wir haben bereits Pkws, die mit E-Mobilität laufen.

Ein etwas kleinerer Batzen, aber der hat eine Symbolkraft: Geschäftsreisen machen wir nur, wenn sie nötig sind, und wenn sie dann nötig sind, machen wir die grundsätzlich mit der Bahn und nicht, wie vielleicht der eine oder andere oder wie es früher war, mit dem Flugzeug von München nach Berlin, was ein absoluter Nonsens ist. Das haben wir sofort umgestellt. Dann geht es auch um die Lieferketten. Wir arbeiten ganz eng mit unseren Lieferanten zusammen, um unsere Produkte so zu entwickeln, dass sie grundsätzlich nachhaltig sind, aber natürlich auch bei unseren Prozessen Energie einsparen.

Umsetzung, Sie haben es angesprochen: PV-Anlage war bei uns immer ein Thema. Wir haben mit diesem Projekt begonnen. Dann kam leider das Thema, dass wir in der Coronakrise nicht mehr diese liquiden Mittel hatten, aber nachdem wir jetzt wieder herauskommen und der Drang bezüglich der Erdgasthematik besteht, werden wir jetzt massiv in die Planung einsteigen bzw. schon Umsetzungen zeitnah vornehmen. Da gibt es natürlich auch Lieferzeiten, wie es so ist, aber das ist unser Ausblick.

Dann haben Sie gefragt, wie wir die Zukunft sehen. Was ist für uns der Zukunftsenergieträger? – Klar, Wasserstoff, Strom, aber eigentlich würde ich den Ball fast schon wieder zurückgeben an die Politik: Was ist der Energiestoff der Zukunft? Ist es Strom, ist es Wasserstoff, oder gibt es noch einen dritten Energieträger? –, weil wir natürlich jetzt entscheiden müssen, auf welches Pferd wir setzen, um dahin gehend zu investieren. Wenn wir hier eine falsche Entscheidung treffen und sagen würden, wir setzen auf Wasserstoff, und dann gibt es keine Verfügbarkeit von Wasserstoff, wäre es fatal. Da würde mich von der Politik interessieren, was für einen Plan es gibt und welche Versorgungssicherheit es bei diesen Energieträgern gibt.

Dann gehe ich weiter zu Herrn Gräff: Was kann die Politik tun? Was kann kurzfristig gemacht werden? – Der allerwichtigste Punkt ist natürlich die Anerkennung der Systemrelevanz für unsere Branche. Ich kann mir nicht ausmalen, wie Gesundheitseinrichtungen ohne hygienische Wäsche arbeiten können, wie, wie bereits erwähnt, ein Energieversorger ohne seine Schutzausrüstung arbeitet, wie in Flüchtlingsunterkünften die Bettwäsche nicht mehr abgeholt wird. Das sind alles solche Themen. Deswegen ist die ganz große Priorität: Die Systemrele-

vanz für unsere Branche muss erreicht werden. Wie Sie schon angesprochen haben, sind wir keine margenträchtige Branche, und so schlagen diese ganzen Steigerungen durch.

Wir fordern von der Politik eine Entlastung bei den Energiekosten, klar EEG. Gibt es noch die Möglichkeit, was mir aus grüner Sicht natürlich nicht passt, die CO₂-Steuer zu verschieben oder da irgendwelche Gegenwirkungen zu machen? Klar, Steuerentlastungen, was auch immer in diesem Bereich. Das nehmen wir mit offenen Händen auf, um weiter arbeiten zu können. Sie hatten die staatlichen Unterstützungen vergleichbar mit dem Coronahilfen schon angesprochen, wenn es zu diesem Worst Case kommen sollte und wir wirklich kein Gas haben, wie wir weiter, relativ unbürokratisch und kurzfristig unterstützt werden können.

Ein nächster Schritt, den habe ich in meinem Plädoyer vorhin mitgeteilt, ist der Umstieg auf nachhaltige Technologie. Vielleicht kann uns die Politik mehr unterstützen, wie wir das Ganze schneller umstellen können.

Herr King! Hier ging es um die Vorbereitung auf das Embargo. Wenn uns wirklich das Gas abgedreht wird, gehen wir persönlich davon aus, was sehr schade ist, dass eine große Anzahl unserer Kunden davon betroffen ist und wir dahin gehend einen großen Absatzeinbruch haben werden. Unsere systemrelevanten Kunden sind der allergrößte Hebel. Da müssen wir heran, und da würde ich jetzt nicht lockerlassen, denn das ist unser Notnagel, um unsere Branche weiterlaufen lassen zu können.

Ich möchte Ihnen mal einen kleinen Einblick in unsere Prozesse geben. Nachdem die Wäsche gewaschen wird, gibt es zwei Möglichkeiten. Die Bettwäsche wird in großen Mangeln, wie Sie sie vielleicht kennen, gemangelt. Dazu wird Dampf verwendet. Dieser Dampf wird in einem Heizkessel generiert, der natürlich mit Erdgas läuft. Es gibt mit einem sehr hohen, kostenintensiven Aufwand die Möglichkeit, diesen auf wiederum teures Heizöl umzustellen, was mich persönlich aus den nachhaltigen Themen, die ich vorhin angesprochen habe, innerlich schmerzt, aber bevor gar nichts passieren kann, würden wir diesen Schritt natürlich gehen, aber weiterhin mit einer massiven Kostenlast.

Dann gibt es nach dem Waschen noch die Handtücher. Unsere Trockner sind fast ausschließlich mit Gas betrieben. Sie werden es kennen: Wenn man die Handtücher zu Hause nicht trocknet, sondern vielleicht aufhängt, dann sind sie nicht mehr ganz so flauschig. Wir haben schon Überlegungen gemacht, diese Handtücher auch zu mangeln, haben damit eine sehr bescheidene Qualität. Vielleicht kann man über solche Themen überbrückungsweise unsere Kunden weiter beliefern, aber das ist kein Dauerzustand und für unser Qualitätsempfinden eigentlich nicht tragbar.

Wenn dieses Kartenhaus zusammenklappen würde, dann hilft nur noch die Kurzarbeit. Da ist diese Differenz, die natürlich bei uns hängenbleibt, und selbstverständlich auch die Fixkosten. Wie erwähnt, haben wir 2015 diesen Betrieb in Hohenschönhausen mit einem sehr hohen Invest etabliert, und diese Fixkosten müssen natürlich gedeckt werden. Das bleibt auch bei uns hängen. Das ist massiv. Ich möchte betonen, auch für Berlin: Wir sind Arbeitgeber für 250 Berlinerinnen und Berliner und haben dafür natürlich auch eine Verantwortung. Leider sind wir auf einem Mindestlohniveau, und genau diese Mitarbeiter sind natürlich von den Energiepreissteigerungen im Privathaushalt betroffen und könnten potenzielle Ansprechpartner für die Schuldnerberatung sein. Das sollte man auch berücksichtigen.

Ein nächster Worst Case könnte sein, dass Kunden aus Berlin abwandern würden zu unseren Wettbewerbern in Polen, weil Polen, wie wir es gestern mitbekommen haben, trotz Embargo anscheinend doch keine Gasknappheit hat, sodass dort wahrscheinlich weiter gewaschen werden kann, unter anderen Umständen, als wir haben, und auch zu einem deutlich geringeren Personalkostenanteil. Das würde uns allen sehr viel schaden.

Ich weiß nicht, ob es eine Möglichkeit gibt, den Spieß noch mal umzudrehen. Wenn ich noch eine Frage an Herrn Senator Schwarz stellen dürfte: Wie sehen Sie persönlich die Chancen, dass unsere Branche, dass wir als Unternehmen die Systemrelevanz erhalten können? Sie haben das Schreiben vom Estrel bekommen. Wie reagieren Sie persönlich darauf, um dem dortigen Verantwortlichen mitzuteilen: Ja, es geht, oder nein, es geht nicht? – Bitte, das wäre mein ganz großer Appell hier zum Schluss: Nehmen Sie dieses Thema morgen mit in diese Sitzung mit den Wirtschaftsministern der anderen Bundesländer, denn dieses Thema der Systemrelevanz ist ein Riesenthema für uns! Sonst haben wir wirklich sehr große Herausforderungen. – Vielen Dank an dieser Stelle! Ich hoffe, ich habe alle Fragen beantwortet. Ansonsten bitte ich um Rückmeldung. Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Greif, für Ihre Beantwortung! – Andere Fragen und Wortbeiträge liegen mir nicht vor. Ich würde den Senator fragen, ob er dazu Stellung nehmen will, was Herr Greif jetzt gesagt hat, auch zu dem Schreiben vom Estrel. Das müssten Sie dem Ausschuss erklären.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe): Das mache ich gern. Das Schreiben des Estrel ist vor zwei oder drei Tagen bei uns angekommen, ist also relativ frisch. Es wird beantwortet, aber in Bezug auf eine mögliche Priorisierung Ihrer Branche, was ich in der Sache total nachvollziehen kann, haben wir aufgrund des Notfallplans als Land Berlin keinen Einfluss. Das sagen wir auch allen. Viele sind etwas erstaunt darüber, aber das ist ein Bundesgesetz. Die dritte Stufe des Notfallplans gibt diese Entscheidung, und zwar ausschließlich, an die Bundesnetzagentur. Herr Greif! Ich werde aber gern Ihr Petitum mitnehmen und morgen in der Konferenz der Wirtschaftsminister darauf hinweisen, sich sehr genau anzuschauen, welche Branchen systemrelevant sind. Ich werde nicht Ihr Unternehmen nennen, dafür haben Sie wahrscheinlich Verständnis. Mir war ein Punkt sehr wichtig, den Sie vorhin genannt haben, dass man sich bei der Betrachtung der Priorisierung und der Frage, was systemrelevant ist, natürlich auch die Zulieferer, und das ist Ihr Petitum, genau anschaut und das entlang dieser Frage beantwortet. Wie das beantwortet wird, dafür sind wir leider nicht verantwortlich.

Wir haben mit der Bundesnetzagentur viel gesprochen. Momentan kriegen die ganz viele E-Mails, Anrufe und Schreiben so ähnlich wie das, was vom Estrel gekommen ist, wo alle sagen, dass sie systemrelevant sind. Das macht die Sache für die Bundesnetzagentur nicht einfacher, das muss man auch sehen. Beim letzten Gespräch wurde mir gesagt, sie haben kein einziges Schreiben aus der Wirtschaft bekommen von Unternehmen, die gesagt haben, sie sind nicht systemrelevant und würden sich hinten anstellen wollen. Ich will damit nur sagen: Ich verstehe Ihre Sorge. Ich kann die total nachvollziehen, und ich glaube auch, dass Sie, so wie Sie aufgestellt sind und bei dem, was Sie in Richtung alternativer Energieträger und vor allem auch Einsparungen unternommen haben, auf dem richtigen Weg sind. Die Entwicklung, die jetzt als Drohpotenzial vor der Tür steht, ist sehr schnell, und da werden die klugen Maßnahmen, die Sie eingeleitet haben, wahrscheinlich alle nicht rechtzeitig helfen. Dort, wo –

jetzt sind wir wieder bei dem Wort – Überbrückung notwendig ist im Sinne von Unterstützung, unterstütze ich das sehr, und ich werde es morgen beim Bundeswirtschaftsminister ansprechen, dass, wenn es zu dem Fall der Fälle kommt, Unternehmen in dem Sinne wieder unterstützt werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Senator, dass Sie das auch noch beantwortet und dargestellt haben! – Weitere Fragen liegen, wie gesagt, nicht vor. Dann würde ich vorschlagen, dass wir bis zur Auswertung des Wortprotokolls vertagen, und anschließend die Beratung abschließen, so wie wir das üblicherweise machen. Gibt es dazu Widerspruch? – Den höre ich nicht. Dann darf ich mich sehr herzlich bei Frau Dr. Busch, Frau Eiß und Herrn Greif bedanken, dass Sie hier bei uns bzw. zugeschaltet waren und Auskunft gegeben haben. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag! Sie sind in Ehre entlassen. Danke! – [Allgemeiner Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0223

**Berlins Energieversorgung langfristig sichern und
unabhängig gestalten**

[0060](#)
WiEnBe
Haupt

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Inhaltsprotokoll.